

Medienförderung in Afrika

Dokumentation

der Mitarbeiterkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika

Dakar, 24.-28. Februar 2001

Sankt Augustin, September 2001

Ansprechpartner:

Winfried Jung
Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit II
Telefon: 0 22 41/246-348
E-Mail: winfried.jung@kas.de

Dr. Holger Dix
Team Afrika/Naher Osten
Telefon: 0 22 41/246-340
E-Mail: holger.dix@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Programm der Mitarbeiterkonferenz	2
Die Konrad-Adenauer-Stiftung im 21. Jahrhundert <i>Günter Rinsche</i>	5
Globalisierung und politischer Dialog Themenschwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung – <i>Winfried Jung</i>	9
Neue Akzente in der deutschen Entwicklungspolitik <i>Ursula Schäfer-Preuss</i>	18
Medien – Informationstechnologien – Politikmarketing <i>Frank Priess</i>	25
Medien und Demokratie – Grundsatzüberlegungen zu einer integrierten Medienstrategie für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika <i>Rolf Freier</i>	36
Rundfunk und Fernsehen: Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung für die politische Bildungsarbeit in Afrika am Beispiel des Projektes Politische Bildung Westafrika (PBWA) <i>Thomas Lütke Entrup</i>	51
Möglichkeiten und Grenzen der Politischen Bildungsarbeit durch Rundfunk und Fernsehen <i>Anke Lerch</i>	59
Anhang 1: Auswertung der Mitarbeiterkonferenz	
Anhang 2: Teilnehmer der Mitarbeiterkonferenz	
Anhang 3: Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1	
Anhang 4: Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2	

Programm

Samstag, den 24. Februar 2001

- 11.00 h Einführung in das Programm der Mitarbeiterkonferenz
Winfried Jung
Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit II
- 11.15 h Eröffnung
Die Konrad-Adenauer-Stiftung im 21. Jahrhundert
Prof. Dr. Günter Rinsche
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Diskussion
- 12.30 h Mittagessen
- 14.30 h Globalisierung und politischer Dialog –
Themenschwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit der Konrad-
Adenauer-Stiftung
Winfried Jung
Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit II
- Diskussion
- 16.15 h Gesprächsrunde: Mehr Engagement für Afrika
Michael Plesch (Leitung)
Leiter des Regionalteams Afrika und Naher Osten
- 18.30 h Gelegenheit zur Abendmesse
- 20.00 h Abendessen

Sonntag, den 25. Februar 2001

- 09.00 h Afrika aus der Sicht der Europäischen Union
– Chancen und Grenzen der Zusammenarbeit
Prof. Dr. Jürgen Zimmerling MdEP
- Diskussion
- 11.00 h Neue Akzente in der deutschen Entwicklungspolitik
MinDirig'in Dr. Ursula Schäfer-Preuss
Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
- Diskussion
- 12.30 h Mittagessen
- 14.30 h Medien – Informationstechnologien – Politikmarketing
Frank Priess, Buenos Aires/Argentinien

Diskussion

16.15 h Medien und Demokratie – Grundsatzüberlegungen zu einer integrierten Medienstrategie für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika
Dr. Rolf Freier, Consultant

Diskussion

18.00 h Abfahrt vom Hotel zur Insel Goree
anschließend: gemeinsames Abendessen

Montag, den 26. Februar 2001

09.00 h Rundfunk und Fernsehen: Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung für die politische Bildungsarbeit in Afrika
Anke Lerch, Dakar/Senegal
Thomas Lütke Entrup, Cotonou/Benin

10.45 h Kaffeepause

11.00 h Arbeitsgruppen

1. Einfluß der Medien auf die Entwicklung von Reformprozessen
Dr. Volker Mönikes, Harare/Simbabwe (Leitung)

2. Rezipientenforschung
Dr. Dr. Anton Bösl, Harare/Simbabwe (Leitung)

12.30 h Mittagessen

14.30 h Fortsetzung der Arbeitsgruppen

16.30 h Darstellung der Ergebnisse und Empfehlungen der Arbeitsgruppen

19.00 h Abendessen, gegeben vom deutschen Botschafter in Senegal, Herrn Dr. Rainald Steck

Dienstag, den 27. Februar 2001

09.00 h Zusammenfassung der Konferenzergebnisse
Dr. Holger Dix
Regionalteam Afrika und Naher Osten

10.30 h Empfang durch den Präsidenten des senegalesischen Parlaments

12.30 h Mittagessen auf Einladung des Arbeitgeberdachverbandes CNP

Mitarbeiterfortbildung in Public Relations (PR)

Axel Wallrabenstein, PUBLICIS Berlin

- 15.00 h Grundlagen der PR-Arbeit
- 18.30 h Empfang, gegeben durch Herrn *Prof. Dr. Günter Rinsche*,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 25 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung in Senegal

Mittwoch, den 28. Februar 2001

- 09.00 h Anlässe und Zielgruppen der PR-Arbeit
- 11.30 h Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anhand ausgewählter Fallbeispiele
- 12.30 h Mittagessen
- 14.30 h Medien und Pressearbeit
- 17.00 h Gesprächsrunde: Anforderungen an die PR-Arbeit im Ausland
Martin Wilde, Accra/Ghana (Leitung)
- 19.00 h Ende der Konferenz

Die Konrad-Adenauer-Stiftung im 21. Jahrhundert

Prof. Dr. Günter Rinsche

I. Paradigmenwechsel – Neue Szenarien

Neue Gegebenheiten, Probleme, Chancen, Erfordernisse z.B. durch Globalisierung

II. Folgen und Probleme:

Transparenz – Interdependenz

Konkurrenz – Effizienz

Reduzierung des Staatsanteils am BSP von 50 % auf 30 – 35 %

Dramatische Kürzung der öffentlichen Entwicklungshilfe

Nur noch 0,26 % Anteil am BSP

III. Schwächung der nationalstaatlichen Autonomie

Reaktionen auf politisches Versagen im globalen Wettbewerb:

1. Wegzug der Talente und Begabungen (brain drain)
2. Kapitaltransfer und Kapitalflucht (capital drain)
3. Innere Emigration („rent-seeking society“, Schattenwirtschaft, „underground economy“)

IV. Globaler Wettbewerb

ist heute:

1. ein Kosten- und Preiswettbewerb
(Wer arbeitet effizienter?)
2. ein Innovations- und Qualitätswettbewerb
(Wer hat Kreativitäts- und Qualitätsvorsprünge?)
3. ein Zeitwettbewerb
(Wer bietet als erster Problemlösungen an, und wer hat die bessere Marketingstrategie?)

V. „Raison d' être“ (Sinn und Zielsetzung) der KAS

KAS = Politische Stiftung.

Politik ist die Kunst, das Zusammenleben der Menschen zu ordnen und dadurch zu ermöglichen. Wie? Welche Ordnung? Die Ordnung muss der Würde, dem Wesen und vitalen Strebungen des Menschen entsprechen.

VI. KAS-Aufgaben

Beiträge zur Schaffung und Förderung der politischen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben der Menschen im 21. Jahrhundert.

VII. Institutionelle Grundbedingungen für menschenwürdiges Leben:

1. Rechtsstaatlichkeit (Humanität, Menschenrechte)
2. Parl. Demokratie (Legalität, Partizipation)
3. Föderal. Aufbau (Subsidiarität, „building from below“)
4. Soziale Marktwirtschaft (Solidarität, Effizienz)

VIII. Erfordernisse: Stabilität und Effizienz

Gefährdung durch Dekadenz.

Dekadenz = Erschlaffung, Erstarrung, Verschwendung.

Niedergang von Volkswirtschaften und Kulturen durch Erstarrung („Euro-Sklerose“) und parasitäre Ausbeutung („Karzinom durch Monopol“).

Gesellschaftspolitische Kräfte zur Vermeidung von Dekadenz und zur Förderung von Stabilität und Effizienz:

- Privateigentum, Wettbewerb, Gewinnbeteiligung
- Kommunale Selbstverwaltung
- Mittelstand und Selbständigkeit
- Gleichheit der Startchancen
- Vermeidung parasitärer Ausbeutung

IX. KAS-Problematik:

1. Reduzierung der öffentlichen Mittel um 25 % bis 50 % in den nächsten 5 – 10 Jahren
2. Umbau der KAS

Think Tanks, flacherer Hierarchien, Projektgruppen, flexibler, themenorientierter Einsatz der Mitarbeiter,

bessere Nutzung vorhandener außen- und entwicklungspolitischen Expertise der
Auslandsmitarbeiter
sich als Dienstleister begreifen !

3. „Palmström-Syndrom“ (Mentale Blockade)
(Vgl. Gedicht von Christian Morgenstern „Die unmögliche Tatsache“
„Und er kommt zu dem Ergebnis: Nur ein Traum war das Erlebnis, Weil‘, so schließt
er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.“)

4. Kostenremanenz bei sinkenden Einnahmen (Immobilien, Arbeitsrecht etc.)
*Fixkosten in Flexkosten verwandeln: Miete statt Eigentum, Zeitverträge, Flexibilität,
Rotation, Motivation.*

5. Erschließung neuer Einnahmequellen: Marktwirtschaftliche Erträge durch Ver-
kauf von KAS-Leistungen (Think-tank etc.). Sponsoring. Nutzung der komparativen
Vorteile der KAS.

X. Standortfrage

1. Weiterer Teilumzug nach Berlin ist beschlossen. Der Sitz der Konrad-Adenauer-
Stiftung verbleibt im Großraum Bonn. Ziel ist eine dauerhafte Lösung, die im Groß-
raum Bonn wesentliche Arbeitsbereiche belässt und für den Standort Berlin gute Ar-
beitsbedingungen gewährleistet.

2. Die Arbeitsschwerpunkte der KAS verteilen sich zukünftig wie folgt:

St. Augustin:

Wissenschaftliche Dienste / Archiv

Eichholz:

Politische Bildung

Begabtenförderung

Personal / Finanzen / EDV

Berlin:

Vorstand

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Kommunikation
Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft
Internationale Zusammenarbeit I und II
für die Arbeitsfähigkeit in Berlin erforderliche kleinere Einheiten der im Raum
Bonn verbleibenden Arbeitsschwerpunkte

3. Umzug nach Berlin: Ende 2003/2004

XI. Denken in Netzwerken (Personen, Programme, Projekte)

Globale Netzwerke von einflussreichen Personen gewinnen im 21. Jahrhundert neben multinationalen Staatsverbänden (EU, SADC, ECOWAS, die wiedergegründete EAC etc.) und globalen Organisationen (WTO etc.) eine zunehmende Bedeutung. Zahlenbeispiel: 6 Mrd. Menschen.

1 VIP (opinion leader, decision maker) pro 500.000 Menschen:

= 12.000 VIP global

= 1.000 VIP (Europa: 500 Mio. Einwohner)

KAS-Netz global: wie aufbauen ?

Realisierung nicht möglich durch sinkende Zahl der hauptberuflichen Mitarbeiter!

Folgerung: Erschließung und Reaktivierung von „Human Capital“

Erfordernisse: Neue Formen von Kooperation und Partnerschaft. Nachberufliche Tätigkeit. Ehrenamtliche Tätigkeit („Honorarkonsul“).

Empathie als psychologische Bedingung der Partnerschaft.

Globalisierung und politischer Dialog
- Themenschwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung –

Winfried Jung

GLOBALISIERUNGSPHÄNOMEN
HAUPTMERKMALE

- **Wirtschaftlicher Art**

Zusammenwachsen von Inlands- und Auslandsmärkten zu einem Weltgesamtmarkt

- **Technologischer Art**

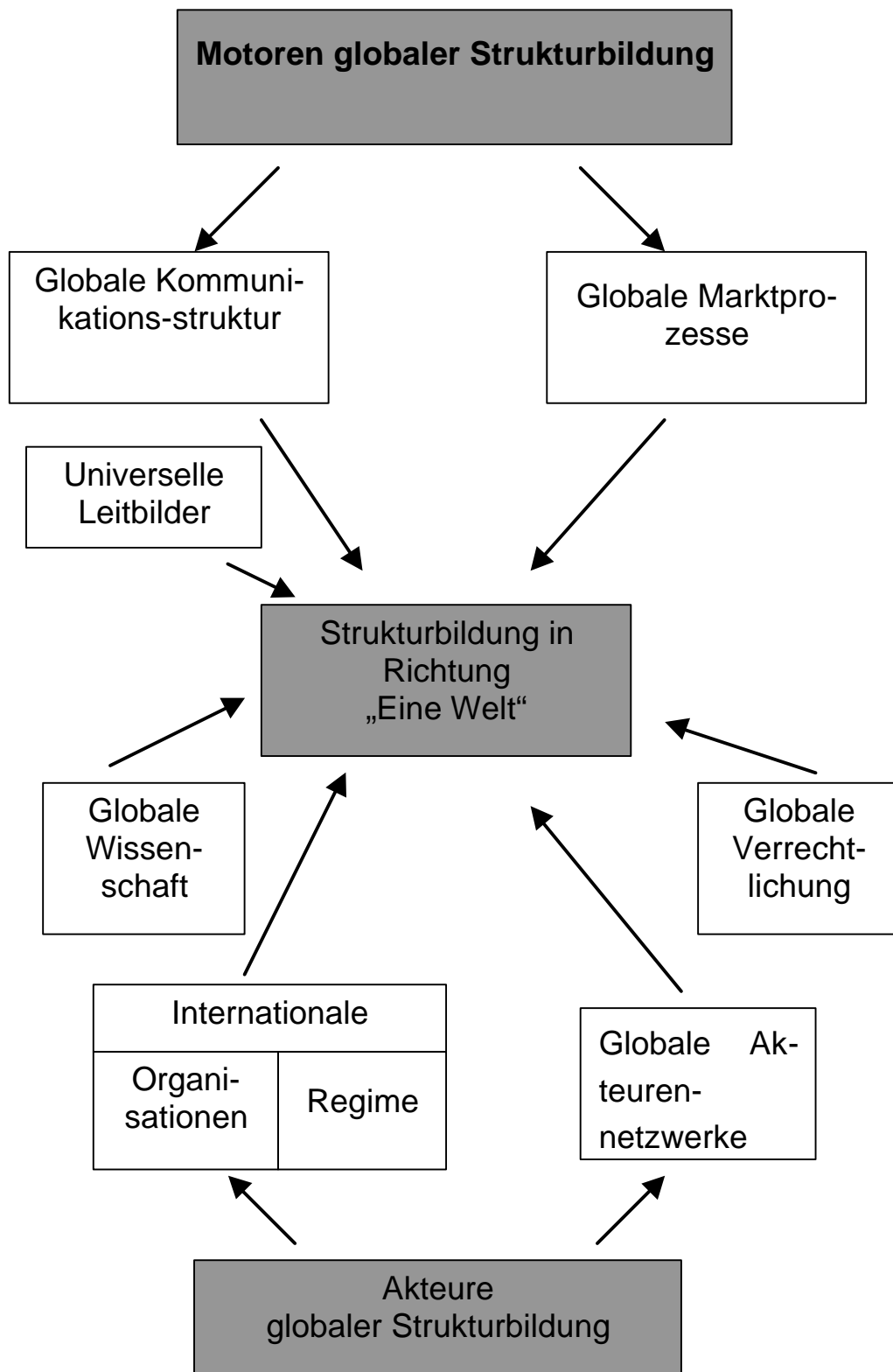
Beschleunigung durch technologische Innovationen wie Informatisierung (neue Informationstechnologien) und Tertiarisierung (Übergang vom Industrie- zum Informationszeitalter)

- **Gesellschaftlicher Art**

Zunehmender Austausch von Informationen, samt der dahinterstehenden Werte und Weltbilder (Demokratie und Rechtsstaat, aber auch kulturelle Assimilierung)

- **Politischer Art**

Wegfall des Ost-West-Konfliktes bzw. der diesem zugrundeliegenden Systemkonkurrenz



AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG

In wirtschaftlicher Hinsicht

- Ausweitung des internationalen Handels (Zunahme der weltweiten Exporte (Waren und Dienstleistungen) von 2,3 Bio. US-Dollar im Jahre 1980 auf 6,8 Bio US-Dollar in 1999)
- Anstieg der internationalen Kapitalströme, insbesondere der langfristigen ausländischen Direktinvestitionen (von 500 Mrd. US-Dollar in 1980 auf 4,1 Bio. US-Dollar in 1999)
- Volatilität der Finanzmärkte
(Asienkrise, Russlandkrise, Brasilienkrise)
- Fusionskarussell
- OECD – Welt
(Triade USA-Europa-Japan)

In sozialer Hinsicht

- Tendenz zur Reduzierung sozialer Leistungen (als Folge der Standortsicherung)
- Marginalisierung (ganze Weltregionen geraten ins Abseits)

aus der Sicht der Politik

Rückgang staatlicher Kontroll- und Steuerungskompetenz infolge

- steigender globaler Mobilität von Unternehmen und Kapitalbesitzern
- grenzüberschreitender Probleme (Armut, Flüchtlingsbewegungen, Gefährdung des Weltklimas, organisierte Kriminalität)
- zunehmender Komplexität der Probleme (sind nur noch im Verbund zu lösen: Experten, Unternehmen, internationale Organisationen)

NEUE ANFORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Grenzüberschreitende Politik reicht zukünftig weit über die klassische Außen- und Sicherheitspolitik hinaus;
- Die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik werden zunehmend fließender;
- Globale Politik muss aktiv betrieben werden (langfristige Strukturbildung noch immer die Ausnahme);
- Politik wird sich auch künftig auf mehreren Ebenen (lokal – national – regional – multinational – global) vollziehen;
- Koordination und Kohärenz werden immer wichtigere Faktoren („Entwicklungspolitik aus einem Guss“)

KONTEXT

- Entwicklungszusammenarbeit ist gegenwärtig konfrontiert mit substantiellen Einschnitten bei den finanziellen Mitteln

- Entwicklungszusammenarbeit befindet sich derzeit in einer ernsten Legitimationskrise; abnehmende Akzeptanz in Politik und Gesellschaft
- Entwicklungszusammenarbeit braucht deshalb eine neue Legitimationsgrundlage

GLOBALE ZUKUNFTSSICHERUNG

- Nicht nur zum Vorteil der heutigen, sondern auch der zukünftigen Generationen
- dazu notwendig neue Leitlinien bzw. Orientierungen für politisches Handeln
- globale Verantwortungsethik

ZIELE

- Afrika, Naher Osten, Asien, Lateinamerika -

- Universalität der Menschenrechte
- Verwirklichung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Stärkung von Dezentralisierung, Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung
- Umsetzung der Prinzipien einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft
- Förderung von Hilfe zur Selbsthilfe und Bekämpfung der Armut
- Dialog zwischen den Kulturen
- Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung
- Förderung von regionalen Integrationsprozessen
- Gestaltung der neuen globalen Rahmenbedingungen

ARBEITSFELDER

- Stärkung von politischen Parteien
- Förderung freiheitlich-demokratischer Entwicklungen durch politische Bildung und Beratung
- Ordnungspolitik und Mittelstandsförderung
- Stärkung unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften
- Wissenschaftliche Kooperation und interkultureller Dialog
- Entwicklung des ländlichen Raumes
- Stärkung der Rolle von Frauen in der Gesellschaft
- Schutz der Umwelt
- Bewusstseinsbildung durch Massenmedien

ZIELGRUPPEN

- Vertreter reformbereiter Regierungen
- Parlamentarier
- Führungskräfte von politischen Parteien, deren Ziele mit denen der Stiftung übereinstimmen
- Kommunalpolitiker und Angehörige der Kommunalverwaltungen
- Repräsentanten von Organisationen der Zivilgesellschaft (Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, Unternehmer- und Berufsverbände, Frauenvereinigungen, Umweltschutzorganisationen, Selbsthilfegruppen, Spar- und Kreditvereinigungen, Genossenschaften)
- Vertreter der Wissenschaft
- Journalisten

NEUE HERAUSFORDERUNGEN

- **Konzentration auf politische Kernaufgaben**

- **Inhaltliche Konzentration**
 - Intensivierung der Forschungs- und Beratungstätigkeit auf außen-, sicherheits- und entwicklungs-politischem Gebiet
 - Ausbau der Projekte der politischen Bildung und Beratung
 - Einrichtung eines neuen Schwerpunktes „Globale Ordnungspolitik“
 - Verstärkung des Engagements bei der Krisenprävention und Konfliktbewältigung
 - Förderung des internationalen Netzwerks aus ehemaligen Stipendiaten und Teilnehmern an Studien- und Informationsprogrammen

- **Geografische Konzentration auf Schwerpunktländer**

- **Organisatorische Konzentration**
 - Bündelung von Projekten zu Länderprogrammen bzw. Regionalprogrammen
 - Kein weiterer Ausbau der Eigenmaßnahmen
 - Neue Partnerprojekte erforderlich

- **Personelle Konzentration**
 - Grenze für Stellenabbau erreicht
 - AM = Netzwerkmanager
 - Delegierte Verantwortung - Akzeptierte Orientierung und Steuerung

GESTALTUNG DER GLOBALISIERUNG

Wenn Politische Ziele nicht mehr allein auf nationaler Ebene erreicht werden können, müssen sie auf europäischer und internationaler Ebene verfolgt werden.

Ansätze hierzu:

- Weltregierung (global government)
- Reformierte UN (Sicherheitsrat = Regierung, Vollversammlung = Parlament, IWF = Weltzentralbank etc.)
- Kooperativer Internationalismus
 - Verstärkte intergouvernementale Kooperation der Großmächte
 - Netzwerkartiges Zusammenwirken von Regierungen, internationalen Institutionen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (global governance)

WISSENSTRANSFER INLAND – AUSLAND UND UMGEKEHRT

- Publikationen
- *KAS-Auslandsinformationen (Auflage: 5000 Exemplare)*
- *Welt-Report (Auflage: 1500 Exemplare)*
- *Standortbestimmungen*
- Internet-Angebot (Hintergrundberichte der Auslandsbüros)
- Homepages der Auslandsbüros
- Stiftungsinterne Gremien
- Evaluierungen (130 Evaluierungen seit 1971)
- Analysen und Positionspapiere

KOMPARATIVE VORTEILE

- Vertrauensbildung durch langjährige Zusammenarbeit mit Partnern
- Einflussnahme auf Institutionen und Prozesse
- Vermittlungsfunktion im Beziehungsgeflecht von Staat, Parteien, Zivilgesellschaft, NRO
- Basisarbeit und Elitenförderung
- Fähigkeit zu regionaler und internationaler Vernetzung und Kooperation
- Dienstleister für deutsche wirtschaftliche Interessen
- Wissenstransfer Inland-Ausland und vice versa
- Antennenfunktion für politisch bedeutsame Entwicklungen und Zukunftsfragen

Neue Akzente in der deutschen Entwicklungspolitik

Dr. Ursula Schäfer-Preuss

- I. Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik
- I.1. Seit dem Regierungswechsel hat sich die Entwicklungspolitik der Bundesregierung verstärkt an der Mitgestaltung und Erarbeitung internationaler Konzepte, Regelwerke und Instrumente zur Bewältigung der globalen Herausforderungen beteiligt. Mit der Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik will die Bundesregierung dazu beitragen, internationale Lösungsansätze weiter zu entwickeln und umzusetzen.

Ziel der Entwicklungspolitik ist es, zur Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen – Frauen und Männer – in den Partnerländern im Süden und im Osten und zur Zukunftssicherung auch für uns beizutragen. Dabei sind entsprechend dem ganzheitlichen Ansatz die vier Felder – sozialer, ökonomischer, politischer und ökologischer Probleme – gleichermaßen zu berücksichtigen. Daraus leiten sich vier entwicklungspolitische Zieldimensionen ab:

- Soziale Gerechtigkeit: Armutsminderung und sozialer Ausgleich
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: Armutsorientiertes Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Politische Stabilität: Frieden, Menschenrechte und Demokratie, Gleichberechtigung
- Ökologisches Gleichgewicht: Bewahren der natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlage

Diesen Zieldimensionen kommt gleich hohe Bedeutung zu. Sie sind wechselseitig miteinander verbunden, sie fördern und begrenzen einander. Keine kann losgelöst von den anderen dauerhaft erreicht werden.

I.2. Wichtige Elemente der ersten Zieldimension sind hierbei, dass der Anteil der Armen bis zum Jahr 2015 halbiert wird. Hierzu hat die Bundesregierung einen Aktionsplan unter Federführung des BMZ erstellt, der zur Zeit finalisiert wird; im internationalen Kontext setzt sich die Bundesregierung dafür ein, den Entwicklungsländern besseren Zugang zu Know How, Technologien und den Absatzmärkten der Industrieländer zu verschaffen (WTO-Verhandlungen); die HIPC-Entschuldungsinitiative ist hier zu nennen, die vor allem auf Drängen der Bundesregierung zustande kam; hier gehören auch die internationalen Menschenrechtspakte und die Kernarbeitsnormen hin, deren Umsetzung bzw. Respektierung Armen besonders zugute kommen.

Bei der zweiten Zieldimension kommt es uns darauf an, dass wirtschaftliches Wachstum sozial und ökologisch verträglich gestaltet wird.

Die dritte Zieldimension der politischen Stabilität ist zu einem eigenständigen Zielbereich der Entwicklungspolitik aufgewertet worden. Die erste Regierungserklärung zur Entwicklungspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland "Frieden braucht Entwicklung" im Mai 2000 hat daher diese Dimension hervorgehoben.

Entwicklungspolitik zielt auf die längerfristige Vorbeugung der gewaltsamen Austragung von Konflikten, in dem sie dazu beiträgt, strukturelle Krisenursachen zu entschärfen und Mechanismen gewaltfreier Konfliktlösung zu stärken. Als eine ihrer ersten Initiativen hat die Bundesregierung das friedenspolitische Instrumentarium der Entwicklungspolitik ausgebaut (ZFD!). Ebenso ist hier der Beitrag der Bundesregierung zum Stabilitätspakt für Südosteuropa, und darin der Bereich Wiederaufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit, als wichtiges Element deutscher Friedenspolitik zu nennen.

Unser Engagement in Bezug auf gute Regierungsführung, Achtung aller Menschenrechte, demokratische Grundprinzipien und Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung (von Frauen) sowie last but not least eine aktive Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken, kann ich hier nur stichwortartig erwähnen. Dies ist ja bekanntermaßen ein wichtiges Feld des Engagements der politischen Stiftungen.

Die vierte Zieldimension mit ihrer internationalen und nationalen (in Entwicklungsländern und Industrieländern) Ausprägung steht in Kürze erneut auf dem Prüfstand (Rio + 10). Die Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt in Bezug auf die Verknüpfung entwicklungspolitischer Gesichtspunkte und globaler Zusammenhänge und der Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie neue Akzente gesetzt.

I.3. Drei Handlungsfelder sind für die Entwicklungspolitik bei der Schaffung entwicklungsfördernder und global nachhaltiger Strukturen von besonderer Bedeutung:

a. Reform der internationalen Strukturen durch die Gestaltung globaler Rahmenbedingungen und internationaler Regelwerke

Entwicklungspolitik kann hier spezifische Erfahrungen aus der langjährigen Zusammenarbeit bei der Suche nach einem fairen Interessenausgleich einbringen. Geeignete Foren sind VN, Bretton Woods-Einrichtungen, Regionalbanken, G7/G8 und OECD oder G77 für Entwicklungsländer (Repräsentanz und Interessenvertretung der Entwicklungsländer bei internationalen Organisationen sind zu verbessern).

b. Verbesserung der Strukturen in den Partnerländern durch Entwicklungszusammenarbeit vor Ort

Dies ist ein zentrales Element der globalen Strukturpolitik. Zusammenarbeit kann auch über regionale Zusammenschlüsse erfolgen via FZ, TZ, personelle Zusammenarbeit im Rahmen bilateraler, europäischer und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit.

Wichtig ist hier EZ aus einem Guss (BMZ hat nach dem Regierungswechsel Federführung für EU-Politik und Transformprogramm in MOE/NUS-Ländern erhalten).

Wegen der zentralen Bedeutung der EZ vor Ort wurden unmittelbar nach dem Regierungswechsel Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der bilateralen und europäischen EZ ergriffen, auch im multilateralen Bereich wird mehr Einfluss genommen (verstärkte Armutsorientierung aller Bretton Woods-Institutionen, PRSP, HIPC).

c. Verbesserung der Strukturen im Inland durch Aufklärungs- und Kohärenzarbeit

Bundesregierung bekannt sich zur entwicklungspolitisch kohärenten Gesamtpolitik. Entwicklungspolitische Zuständigkeiten werden im BMZ zusammengeführt (s.o. und Weltsozialgipfel, Habitat, Stabilitätspakt, Ministerin ist Mitglied im Bundessicherheitsrat; es wurde eine entwicklungspolitische Regelprüfung von Gesetzesnormen eingeführt).

Voraussetzung hierfür ist breite gesellschaftliche Unterstützung, die die Bundesregierung im Rahmen von Aufklärungs- und Bildungsarbeit mobilisieren will. Hierzu werden Aktivitäten in der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit deutlich verstärkt.

II.1. Wie ist das Ministerium mit seinen "Vorfeldorganisationen" für die dargestellten 'Challenges' gerüstet?

Einerseits gestiegene Aufgaben qualitativer Art (Entwicklungspolitik als Baustein einer globalen Struktur- und Friedenspolitik) andererseits Haushaltskürzungen, Stellenabbau, Trennung von Arbeitseinheiten Bonn-Berlin einschließlich neu hinzugekommener Arbeitsbereiche.

a. Strukturelle/institutionelle Reformen

Zusammenlegen von Arbeitseinheiten, stärkere thematisch ausgerichtete Arbeitseinheiten, Delegation von Zuständigkeiten, Harmonisierung und Verbesserung von Verfahrensabläufen, Vorfeldoptimierung (Bündelung von Kompetenzen: Verkauf der DEG an die KfW, Fusion von CDG und DSE, Kooperationsvertrag mit engerem Zusammengehen der entwicklungspolitischen Ausbildungseinrichtungen von DED, DSE und GTZ/CIM, Überlegungen bezüglich einer verbesserten Außenrepräsentanz.

b. Inhaltliche Reformen der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit

Mit dem Ziel, die staatliche Entwicklungspolitik zu straffen und ihre Wirksamkeit und Effizienz zu erhöhen, wurden im vergangenen Jahr zwei wichtige Entscheidungsschritte eingeleitet. Als erster Schritt wurde im Juni 2000 die regionale Schwerpunktsetzung und Länderkonzentration abgeschlossen. Die EZ wird sich

künftig von 118 Empfängerländer auf 70 Kooperationsländer konzentrieren, wovon 37 sog. Schwerpunktpartnerländer sind (Konzentration auf möglichst drei Schwerpunktbereiche) und 33 sog. Partnerländer mit möglichst nur noch einem Schwerpunkt. Die Auswahl der Kooperationsländer erfolgte nach klaren und transparenten entwicklungspolitischen Kriterien, wie Priorität hinsichtlich unserer entwicklungspolitischen Möglichkeiten bzw. unsere Fähigkeit relevante Beiträge zu leisten. Die Länderliste ist nicht als starr zu begreifen, sondern kann im Laufe der Zeit an neuere Entwicklungen angepasst werden.

Die so definierten Länder sind verbindlich für FZ und TZ sowie DSE, DED, CDG und CIM. Für die nichtstaatliche TZ i.w.S. (Stiftungen, Kirchen, Private Träger) dient die Länderliste als Orientierung. Insbesondere in den sog. potentiellen Kooperationsländern ist der Einsatz der Kirchen, Politischen Stiftungen und von privaten Trägern u.U. sinnvoll und nötig.

Im November 2000 wurde als zweiter Schritt eine Entscheidung zur Konzentration bei der Schwerpunktsetzung im Rahmen der Länderprogrammierung des BMZ getroffen. Die Schwerpunktsetzung ergänzt die Länderkonzentration, sie darf nicht durch Sektorquoten "aufgezwungen" werden; Gestaltungsspielraum für die Umsetzung neuer Bereiche bleibt bestehen. Die Absicht ist, mit den 11 definierten Schwerpunkten dazu beizutragen, dass auf Grundlage der nunmehr zu erstellenden Länderkonzepte durch die Formulierung von projektübergreifenden Förderansätzen bzw. -strategien für diese Schwerpunkte (sog. Schwerpunktstrategiepapiere werden erstellt) und durch Bezugnahme auf die Ziele globaler Strukturpolitik die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erhöht wird. Die auf Länderbasis entwickelten Schwerpunktstrategiepapiere sind Grundlage für den sektorpolitischen Dialog des BMZ mit dem Partnerland und für die Koordinierung mit den anderen Gebern.

III. EZ in Afrika, Engagement der politischen Stiftungen

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz etwas zu unserem Engagement in Afrika einfügen sowie der Arbeit der politischen Stiftungen.

III.1. Die Ministerin hat in der Afrika-Debatte am 18.01. im Deutschen Bundestag dargelegt, dass Afrika im Jahr 2001 wie bisher und "in den nächsten Jahren der Kontinent sein wird, bei dem wir einen besonderen Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit setzen, den wir besonders fördern. Die Erhöhung des Entwicklungshaushaltes um 325 Mio. DM im Jahr 2001 kommt zum großen Teil dem afrikanischen Kontinent zugute. So stocken wir zum Beispiel die Mittel für die Bekämpfung von Aids, für die Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien und Klimaschutz, aber auch für die Förderung lokaler Informationszentren – Stichwort "Verknüpfung bei IT und verhindern, dass ein ganzer Kontinent von den Informationstechnologien abgehängt wird" – auf.

Mittlerweile geht nach Afrika – früher lag Asien an der Spitze – der größte Teil der Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, und zwar gehen nach Afrika südlich der Sahara rund 30 %. Der Kontinent Afrika insgesamt bekommt 42 % der gesamten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Hier werden die Schwerpunkte deutlich. Wir werden in diesem Jahr rund 800 Mio. DM im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für Afrika südlich der Sahara einsetzen. Der Betrag für den gesamten Kontinent beläuft sich auf rund 1 Mrd. DM:

"Die Entschuldungsinitiative (HIPC) greift. Von den 22 ärmsten Entwicklungsländern, für die Ende 2000 die Entschuldung beschlossen worden ist, liegen 18 in Afrika. Die Entlastung insgesamt für die Staatshaushalte dieser 18 Länder beträgt rund 25 Mrd. US-\$ (erlassene Schulden gegenüber der Weltbank). Das heißt für das Jahr 2001, dass die afrikanischen Länder 1 Mrd. US-\$ real an Schuldenerlass haben und diesen Betrag für die Armutsbekämpfung einsetzen können. Diese Maßnahmen kommen zusätzlich zu dem hinzu, was wir bilateral machen.

Ein weiteres wichtiges Element ist, dass die Terms of Trade zugunsten der afrikanischen Länder grundsätzlich und dauerhaft verbessert werden. Das heißt: Sie müssen von bloßen Rohstoffproduzenten zu Rohstoffexporteuren werden (Gewährleistung eines freien Zugangs ohne Zölle und Quoten zu den Märkten der Industrieländer!) Hier ist vor allem die EU-Kommission gefragt! (ursprünglicher Lamy-Vorschlag, den ärmsten Entwicklungsländern freien Zugang zu den EU-Märkten zu öffnen!)

III.2. Das Engagement der politischen Stiftungen in den verschiedenen Regionen dieser Welt ist mir persönlich aufgrund meiner langjährigen Zugehörigkeit zum BMZ und meiner vielen Begegnungen mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Deutschland und unseren Partnerländern bestens bekannt. Sie waren und sind immer ein wichtiger Gesprächspartner und Ihre Erfahrungen mit Ihren Partnereinrichtungen und –organisationen vor Ort haben mir immer sehr geholfen, die eigenen Vorstellungen und Informationen anzureichern und bisweilen auch dazu beigetragen, Entscheidungen in der Zusammenarbeit zu modifizieren. Dass die Stiftungsarbeit gerade im afrikanischen Kontinent nicht immer einfach ist, ist Chance und Herausforderung zugleich. Ich habe in diesem Zusammenhang die Empfehlungen in der Reihe "Zukunftsforum Politik" Nr. 8 "Mehr Engagement für Afrika, Plädoyer für einen verstärkten deutsch-afrikanischen Dialog" mit großem Interesse gelesen.

III.3. Die Frage einer integrierten Medienstrategie für Subsahara-Afrika und ein verstärktes Engagement der KAS in diesem Bereich kommt genau zur rechten Zeit.

Uns allen ist nur zu bewusst, dass vor allem die Länder Schwarzafrikas in besonderem Maße von der sog. digitalen Kluft betroffen sind. Das betrifft sowohl die Ungleichheit in der Ausstattung mit Hardware als auch den Zugang zu Informationstechnologie. Da wir jedoch nicht in der Lage sind, in der bilateralen EZ neue wesentliche zusätzliche Mittel für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen, verstehen wird IT primär als Querschnittsaufgabe, die bei unseren Partnerschaftsvorhaben mitberücksichtigt werden (Schaffung von Grundvoraussetzungen und Rahmenbedingungen, die bereits durch EZ begleitet und gefördert werden). In diesem Kontext bin ich sehr gespannt auf die Ergebnisse dieser gemeinsamen Veranstaltung und welche Schlussfolgerungen sich hieraus für die künftige Arbeit der KAS auf dem afrikanischen Kontinent ergeben werden.

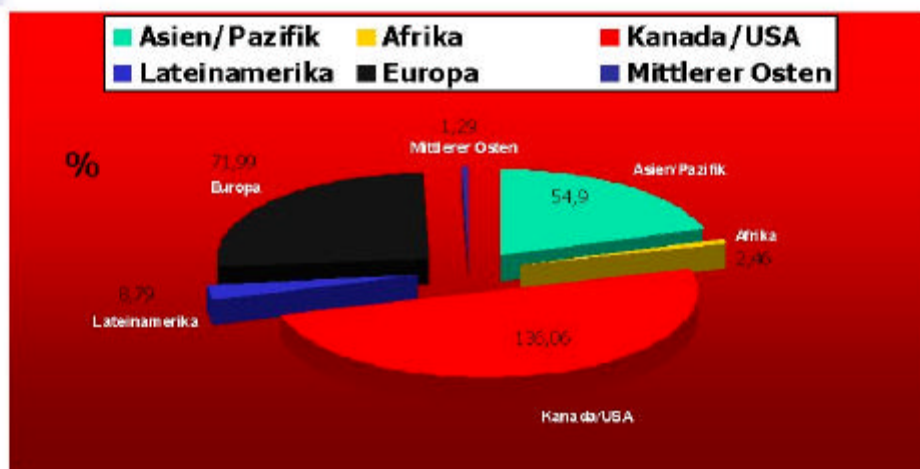
Ich wünsche uns allen einen fruchtbaren Gedankenaustausch und konstruktive Ergebnisse bei dieser Konferenz im Sinne des gemeinsamen Ziels einer nachhaltigen Zusammenarbeit mit den Ländern Subsahara-Afrikas.



Technologische Entwicklungen des Medienbereichs, das Zusammenwachsen audiovisueller Medien mit Telefon und Computer, dokumentiert in multimedialen Anwendungen wie dem Internet, spielen bei der Ermöglichung globaler Vernetzung eine zentrale Rolle. Medienkompetenz im weitesten Sinne wird zu einem entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften. Darauf sind die traditionellen Industriestaaten besser vorbereitet als zum Beispiel die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.



Internetnutzer im März 2000



Quelle: Internationale Politik 10/2000, Berlin



Die Rahmenbedingungen für Politikgestaltung haben sich verändert:

- Der Verlust von Handlungsspielraum nationaler Politik ist evident: Innerhalb der Globalisierung gewinnen supranationale Entscheidungsträger an Bedeutung. Die Bereitschaft der Bürger nimmt ab, sich langfristig zu binden. Traditionelle Zugehörigkeiten zu Kirchen, Gewerkschaften und politische Parteien erfahren diesen Wandel.
- Ideologien motivieren immer weniger zum politischen Einsatz oder als Unterscheidungsmerkmal. Nach dem Fall der Mauer gibt es keinen "Heiligen Krieg" – keinen Kampf zwischen Gut und Böse mehr.
- Das moderne Leben fördert Aktivitäten und Organisationen, die Werte, Sinn, Freude und unmittelbare Befriedigung vermitteln. Bestes Beispiel: Greenpeace.



Halten Sie eine dieser Institutionen für ein Vorbild?

	Männlich	Weiblich	
Greenpeace	26	44	%
Amnesty International	16	25	
Gewerkschaften	11	10	
Kirche	5	8	
Politische Parteien	2	2	
Keine	55	40	

Quelle: Der Spiegel, 41/1999, S. 52 – Eine Umfrage des Instituts Emnid für den Spiegel, es wurden zwischen dem 3. und 22. Dezember 1999 ca. 500 junge Leute zwischen 14 und 25 Jahren befragt, es war möglich mehrere Antworten zu geben.



Die Medien sind heute das zentrale Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft, Bürger und Politik. Das gilt insbesondere für das Fernsehen.

“Wer sich der Show-Gesellschaft nicht anpasst, wird zum Feind und grenzt sich aus. Das Fernsehen vermittelt Realitäten, verleiht den Ereignissen Existenz; es ist der Nachweis des modernen Lebens. Ohne Kamera gibt es weder Politiker noch Prominente. In der von visueller Produktion und von Konsum beherrschten Gesellschaften kann sich niemand dem Eindringen der Show-Welt entziehen.“

Silvio Waisbord

Argentinien

Entwicklung des Image der Institutionen in Capital Federal und Gran Buenos Aires

Jahresdurchschnitt in %

Jahre	Kommunikations-Medien	Kath. Kirche	Streitkräfte	Unternehmertum	Kongress	Gewerkschaften	Richterliche Gewalt	Politische Parteien
1990	25	44	40	18	15	11	21	--
1991	--	42	31	16	14	8	24	13
1992	49	48	37	21	15	8	19	12
1993	50	48	36	20	12	7	13	11
1994	51	49	40	21	20	10	16	18
1995	54	53	39	21	21	9	21	19
1996	62	46	28	13	13	7	10	10
1997	59	52	29	11	7	6	6	7
1998	51	48	25	15	8	7	6	7
1999	51	49	22	14	10	8	7	10
03/2000	51	56	31	15	12	9	9	14
10/2000	46	45	29	11	1	8	9	4

Quelle: El Cronista, 13.11.2000, Centro de Estudios Lhi6n para la Nueva Mayoría



Fernsehen als Leitmedium

- Unterhaltungsorientierung und Infotainment-Formate dominieren.
- Ein fragmentiertes Publikum sucht den "Unterhaltungsslalom".
- Reizüberflutung macht es schwer, sich Gehör zu verschaffen.



Problematische Machtposition der Medien, gerade angesichts multimedialer Konzentration:

Sie kritisieren andere, legen aber bei sich nicht den gleichen Maßstab an:

"Der Journalismus ist das letzte Tabu des Journalismus."

Hans Mathias Kepplinger

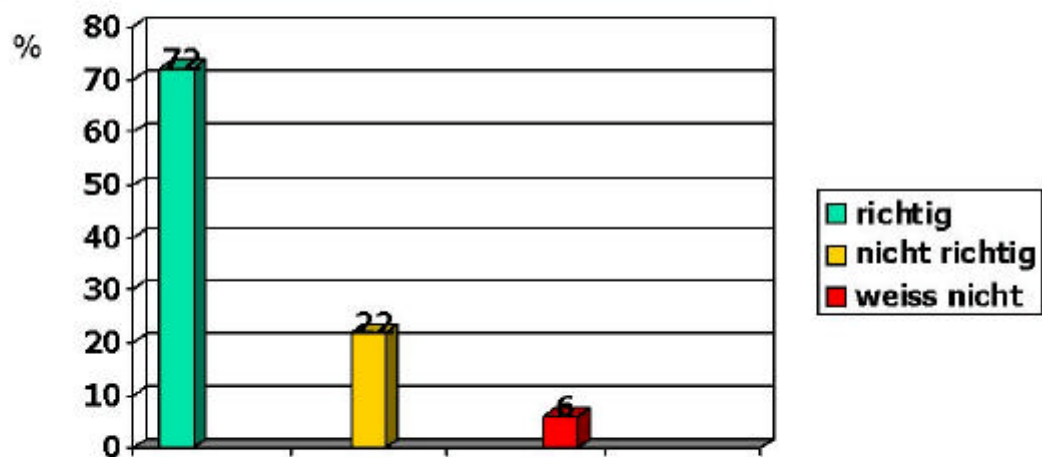
Die politische Einstellung der Journalisten weicht oft erheblich von der der Bevölkerung ab. Medienunternehmen nutzen ihre Machtposition zur Durchsetzung vielfältiger Interessen.

Wodurch sehen sich argentinische Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit hauptsächlich behindert?

Wirtschaftliche Probleme	53	%
Niedrige Gehälter	41	
Mangelnde Freiheit in den Medien	35	
Mangelnde Professionalität	11	
Medienkonzentration	9	
Keine Hindernisse	7	
Überhang an Journalisten	7	
Druck von Politik und Wirtschaft	5	
Handel mit Einflüssen	3	
Einmischung der Regierung	2	
Mangelnder Zugang zu Informationen	2	
Pressekampagnen	1	
Hängt von jedem Betroffenen ab	1	

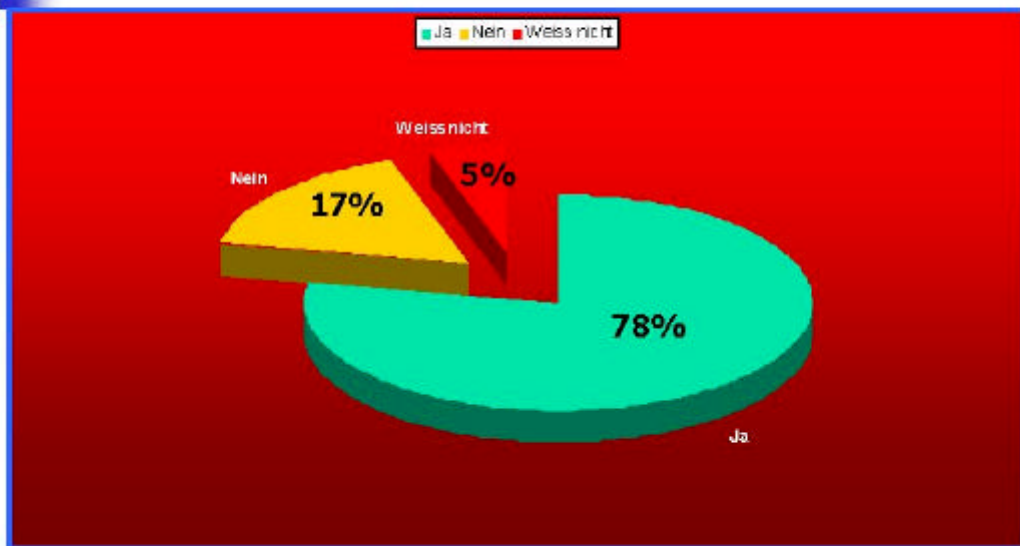
Quelle: Luis Majul, Periodistas, Buenos Aires, 1999

Halten Sie es für richtig einen Kollegen zu kritisieren?



Quelle: Luis Majul, Periodistas, Buenos Aires, 1999

Sind Ihnen Korruptionsfälle von Journalisten bekannt?



Quelle: Periodistas, Luis Majul, Buenos Aires, 1999

Politische Parteien müssen auf die veränderten Bedingungen reagieren:

- Sie müssen Kenntnisse der Medienrealität, ihrer inneren Logik und ihrer Akteure erwerben.
- Sie müssen sich mit den Techniken der politischen Kommunikation, PR, Politik-Marketing vertraut machen.
- Sie müssen Mitglieder, Mitarbeiter und Funktionäre für das Beziehungsgeflecht und die Kommunikation innerhalb der Partei, aber auch mit Medien und externen Beratern, ausbilden.



Benutzt die Politik die Medien oder bedienen sich die Medien der Politik?

Die Produktionslogik der Medien begünstigt die Personalisierung, die Dramatisierung, das Konfliktive, den Star, den Andersartigen, das Außergewöhnliche, das Negative (bad news are good news), die Emotion, den visuellen Eindruck – Innerhalb der "Konstruktion von Realitäten" (*Winfried Schulz*) gibt es Schlüsselfaktoren für die Auswahl durch die Medien. Das macht die Arbeit der Journalisten kalkulierbar.



Die Politik ist keineswegs wehrlos:

Themensetzung und *Timing* befinden sich weitgehend in der Hand der Politiker. Symbolische Politik dominiert. Pseudo-Ereignisse werden geschaffen.

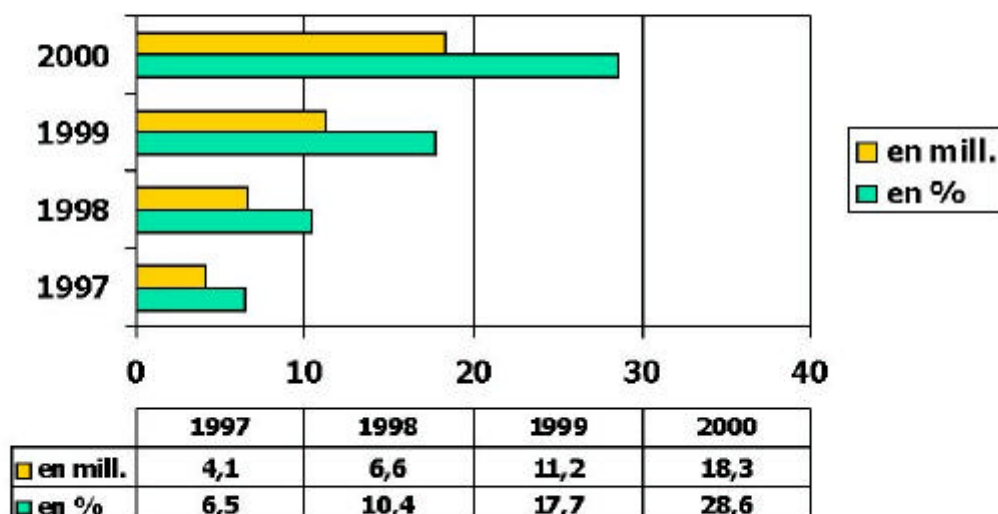
"Früher konzentrierten wir Journalisten uns darauf, Dinge zu berichten, die passierten. Aber inzwischen erleben wir, dass die Dinge aus dem ausschließlichen und einzigen Grund passieren, damit wir Journalisten sie berichten."

Juan Luis Cebrian



Werbe- und Marketingmethoden vervollständigen die Suche der Politik nach Kontakt mit dem Bürger: Im US-Wahlkampf 1996 schalteten die Kandidaten 170.000 Fernsehspots. Im Wahlkampf 2000 wurde diese Anzahl noch übertroffen. Die Fernsehwerbung verschlingt über achtzig Prozent des Wahletats. Die Umfragen bestimmen das *targeting*. *Direct mail* und *Canvassing* sind weiterhin wichtig. Die Rolle des Internets nimmt zu.

Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland



Quelle: ARD, Media Perspektiven 8/2000, Frankfurt a. M.
Personen ab 14 Jahren

Nutzeranteil nach Bevölkerungsgruppen 1997 bis 2000



	1997	1998	1999	2000	
Gesamt	6,5	10,4	17,7	28,6	in %
<i>Geschlecht</i>					
Männlich	10,0	15,7	23,9	30,0	
Weiblich	3,3	5,6	11,7	21,3	
<i>Alter in Jahren</i>					
14-19	6,3	15,6	30,0	48,5	
20-29	13,2	20,7	33,0	54,6	
30-39	12,4	18,9	24,5	41,1	
40-49	7,7	11,1	19,6	32,2	
50-59	3,0	4,4	15,1	22,1	
60 und älter	0,2	0,8	1,9	4,4	
<i>Schulbildung</i>					
Volkschule	1,3	2,9	4,9	7,5	
Weiterführende Schule	5,9	7,5	15,7	31,4	
Abitur	16,5	23,0	50,0	70,2	
Studium	29,1	48,5	62,5	86,0	
<i>Berufstätigkeit</i>					
In Ausbildung	15,1	24,7	37,9	58,9	
berufstätig	9,1	13,8	23,1	38,4	
Rentner/nicht berufstätig	0,5	1,7	4,2	6,9	

Quelle: Media Perspektiven 8/2000, ARD/ZDF-Online-Studie, Frankfurt a. M.

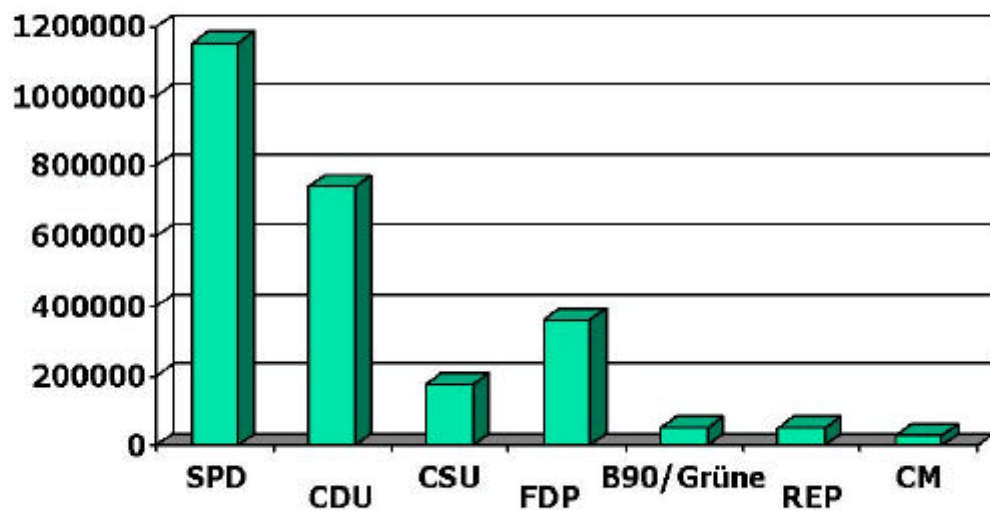
Soziodemographie der Onlinenutzer in Deutschland



	2000	
Gesamt	28,6	in %
<i>Geschlecht</i>		
Männlich	30,0	
Weiblich	21,3	
<i>Alter in Jahren</i>		
14-19	48,5	
20-29	54,6	
30-39	41,1	
40-49	32,2	
50-59	22,1	
60 und älter	4,4	
<i>Schulbildung</i>		
Volkschule	7,5	
weiterführende Schule	31,4	
Abitur	70,2	
Studium	86,0	
<i>Berufstätigkeit</i>		
In Ausbildung	58,9	
berufstätig	38,4	
Rentner/nicht berufstätig	6,9	

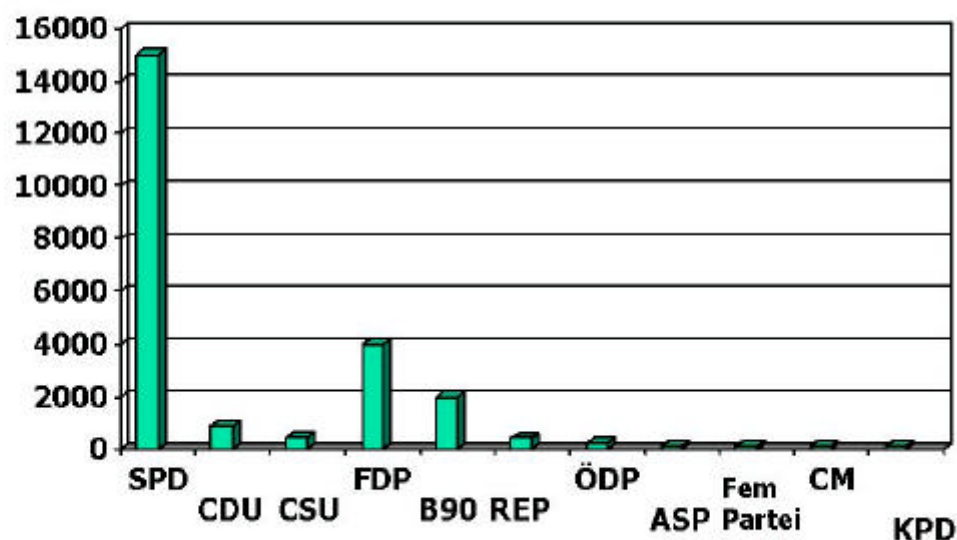
Quelle: Media Perspektiven 8/2000, ARD/ZDF Online-Studie 2000, Frankfurt a. M.

Hits pro Monat auf den WWW-Seiten der deutschen Parteien



Quelle: Winand Gellner/Fritz v. Korff: Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998
Angaben durch Parteien, Ende 1997

Mails pro Monat an deutsche Parteien



Quelle: Winand Gellner/Fritz v. Korff: Demokratie und Internet, Baden Baden 1998
Angaben durch Parteien, Ende 1997



Kommunikations-Management ist keineswegs zweitrangig. Es ist eine zentrale Aufgabe der politischen Führung auf allen Ebenen der Partei. Politik-Management und Politik-Kommunikation sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Medien und Demokratie – Grundsatzüberlegungen zu einer integrierten Medienstrategie für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika

Dr. Rolf Freier

Die hier vorgelegte integrierte Medienstrategie für die Konrad Adenauer Stiftung im Bereich Subsahara-Afrika (festgemacht an den kohärenten Subregionen Ostafrika und südliches Afrika) kommt einer qualitativen Klammerfunktion über alle Projekte, Partner, Erfahrungen und Möglichkeiten der Stiftung im Medienbereich gleich. Ein vertikales, d.h. ausschließlich an Qualität orientiertes integriertes Medienprojekt initiiert und fördert - auf der Basis der bisher geleisteten Projektarbeit der Stiftung - einen kontinuierlichen Ausleseprozess, der über die gezielten, hier skizzierten Projektmaßnahmen zu einer Bindung von kompetenten und integeren Eliten aus den Bereichen Medien, Politik, Recht und Wirtschaft mit dem Bezug Medien und Demokratie an die Konrad Adenauer Stiftung und ihre Zielsetzungen im Bereich Demokratisierung und Medien führt. Hinter den Gegensatzpaaren Qualität statt Quantität, Fachausbildung statt Grundausbildung, Vernetzung von wenigen hochrangigen Maßnahmen statt Reihung von zahlreichen Einzelmaßnahmen, sprich Vertikalität statt Horizontalität, steht die Grundüberzeugung, dass eine politische Stiftung mit einschlägiger Erfahrung im Bereich der Medienförderung und erfolgreich vernetzten Strukturen in anderen Erdteilen (z.B. Medienprojekt in Lateinamerika, siehe Exkurs unter 3.) diesen entscheidenden Schritt auch in Afrika wagen muss. Trotz anhaltender problematischer wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen sollte die Medienförderung auch hier (man möchte sagen: gerade hier) die weitere Professionalisierung von nachweislich guten Journalisten und Redakteuren und den internationalen Dialog von engagierten Medienfachleuten zum Ziel haben.

Nach den Phasen der Ausrüstungshilfe und Grundausbildungsförderung in den 70er und 80er Jahren und der Politisierung und Konditionalität der 90er im Entwicklungssektor Medien führt heute die digitale Revolution zu einer ‚technischen Pseudo-Demokratisierung‘ (sprich: ökonomische Verfügbarkeit und technische Kompatibilität) der Medien, die die Konzentration auf Professionalität, (Fach-)Inhalt und (Medien-)Politik nahe legt, ja angesichts anhaltender gravierender inhaltlicher Sektordefizite geradezu erzwingt.

Die länderübergreifende Förderung des Fachjournalismus (Wirtschafts- und Wissenschaftsjournalismus und int. Politik) und die Fokussierung auf medienpolitische und medien-rechtliche Themen zur Förderung und Absicherung demokratischer Entwicklungen in den Medien und durch die Medien stehen innerhalb der hier vorgestellten Strategie für das südliche Afrika und Ostafrika im Vordergrund. Stipendien dienen der regionalen und internationalen fachlichen Weiterbildung, nicht mehr der Grundausbildung im Land. Darüber hinaus ist in Afrika ein regionales Konzept der berufsständischen Vernetzung und Stärkung von unabhängigen Journalisten und Redakteuren, ggf. auch von Verlegern zu erwägen. Beide Projektkomponenten können sich komplementär auf die Möglichkeiten des Internets (Fachforen) stützen. (Auch der anhaltenden politischen Repression in Einzelländern des Kontinents ist mit regional vernetzter Arbeit eher entgegen zu wirken als mit isolierten ländergestützten Ansätzen.) Eine entsprechende Projektkonstruktion gibt die klassische Einzellandzuständigkeit zu Gunsten einer regionalen Projektstruktur mit (dezentraler) Leitung in der Region auf.

In einem Wettbewerbsfeld, welches sich zum einen durch eine gewisse Erschöpfung und Ratlosigkeit gerade deutscher Sektor-Protagonisten auszeichnet, gleichzeitig aber eine steigende Zahl internationaler Geber beherbergt, ist die Bindung von Eliten aus dem Medienbereich an die Konrad Adenauer Stiftung nicht einfach und auch keine geradlinige Funktion des Mitteleinsatzes. Sie kann allerdings gelingen, wenn profilierte und vernetzte Stiftungsleistungen als konsistentes Angebot mit den spezifischen ‚group interests‘ einer wachsenden Zahl von integrieren und unabhängigen Medienfachleuten aus dem englischsprachigen Afrika mittelfristig zur Deckung gebracht werden. Die Kooperation mit anderen internationalen Gebern des Sektors in wichtigen Teilbereichen kann dabei Attraktivität und politisch-fachliches Gewicht der Programme steigern.

Dokument:

Media Questionnaire East Africa and Southern Africa – 12/2000

Target Group: senior journalists and editors, media lecturers and trainers, KAS ex-scholars

Background: International cooperation in the field of media training and education has come a long way from the seventies and early eighties with its emphasis on the craft and on media and development through the late eighties and nineties with the focus on media and democratisation. Today the digital revolution offers its own (pseudo-?)democratisation in terms of availability and compatibility of the media. A midrange FM radio station can be run from a computer in a box office and universal satellite transmissions and cable networks increasingly transgress geographical, political and cultural borders beaming images and sounds almost everywhere. The modern journalist - a jack of all papers, pictures and airwaves – is largely bare of the old affiliation to a specific medium. But he nevertheless still has to master the ever-increasing complexity of his topics.

After two decades of media support and training in the region (e.g. diploma scholarships and basic seminars) KAS intends to shift its focus to specialised training (e.g. economic and science journalism, international politics, media law) for advanced journalists aiming at specialisation and professional excellence. To achieve this, regional networking for advanced journalists providing specialised media training and exchange in Southern and East Africa and international exchange with a substantial south-south dimension has been suggested. A dedicated Internet forum edited by seconded journalists could complement specialised training ventures and support the regional network. As support component for the top senior level an African Independent Editors Forum for chief and managing editors of the independent (not government owned) media is discussed in order to promote a platform for leading independent African media professionals. The Foundation will consider international strategic partnerships with regard to these aims and objectives.

Procedure: Please fill in and return the questionnaire latest 31.1.2001 by E-mail to freier@scm.de or fax to +49 6421 350672 or return to your local KAS-office.

Confidentiality: The use of the data provided will be strictly confined to KAS in-house purposes helping to identify useful future programme structures and components.

Thank you again for your cooperation.

A. Personal section

Name:

Contact/address:

Profession/Employer:

Education:

KAS Ex-Scholar: yes/no

Your last KAS contact or the KAS venture you participated in (if any):

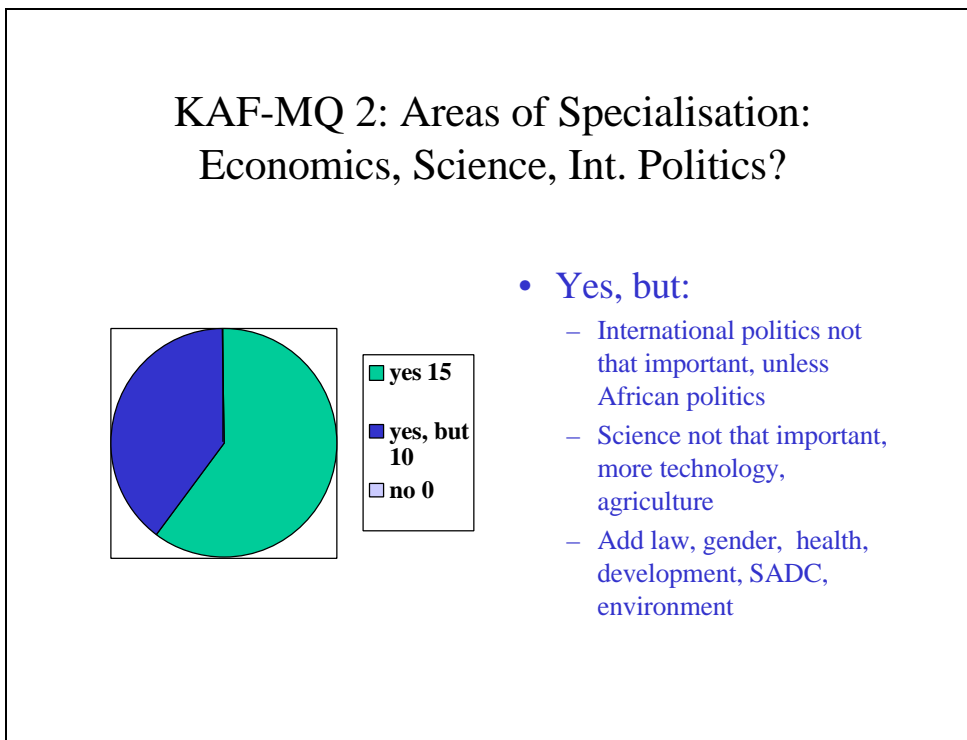
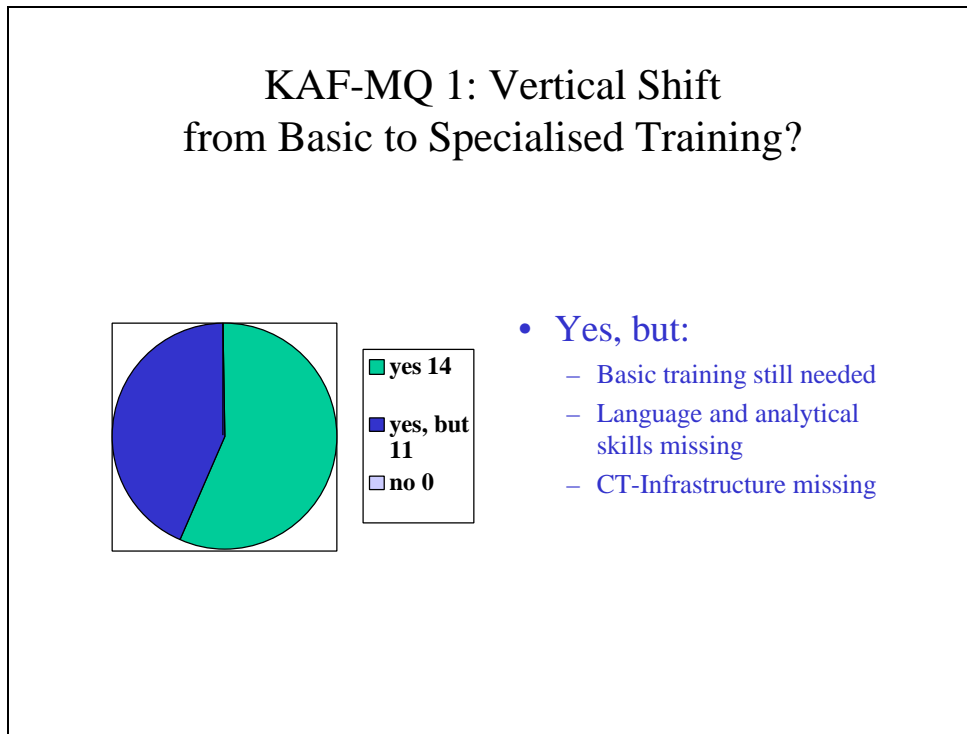
B. Professional section

Please don't answer with a mere yes or no, we would be grateful for your brief reasoning!

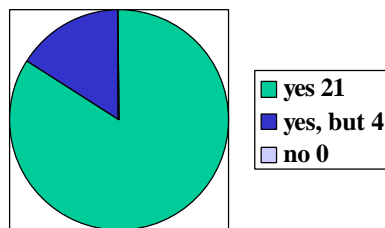
1. Do you think that the proposed 'vertical shift' from basic media education to specialised and advanced training is appropriate and timely in East and Southern Africa?
2. Are the suggested areas of specialisation (e.g. economic journalism, science journalism, international politics) relevant from your professional perspective?
3. Do you consider complementary events dealing with a. media law and ethics and
b. the new media topical and useful?
4. Do you see chances to expand media freedom and political freedom in your region through training events dealing with the multifaceted relationship between the media and politics inviting media professionals, parliamentarians and politicians?
5. Are you aware of any functional regional network providing specialised training, exchange and support for English-speaking African journalist?
6. Do you consider a regional approach (bringing journalist from East Africa and Southern Africa together for specialised training and exchange) appropriate and useful?
7. Would you consider a complementary dedicated Internet forum (e.g. for economic journalism) providing specific information, professional discourse, internationally successful copy and an annual regional competition a potential source for further qualification and a backbone of functional regional networking?
8. Do you regard South-South exchange (Africa - Latin America, Africa - Asia) between media professionals an interesting and promising professional prospect?
9. Would you consider a distinguished network of independent (not working for state owned media) African chief and managing editors dealing with media politics, management and working conditions in the media a politically and professionally useful tool in order to advance the independent media and its democratic functions?
10. Which alternatives to those proposals suggested here do you see to give African journalists enhanced professional and political impact?

11. Do you see political freedom and democratic alternatives further developing in Africa?
12. How do you judge the contribution of journalists and the media herein?
13. Do you see media professionalism advancing in Africa?
14. Do you see media freedom and access to information advancing in Africa?
15. Do you use the Internet frequently and if yes what for in professional regard?
16. What is your immediate association of ideas regarding the term 'African Renaissance'?
17. What is the topic of the professional training venture or seminar you would definitely participate in even if you were under terrible time constraints?

Additional Comments and Suggestions:

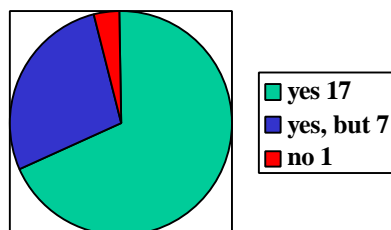


KAF-MQ 3: Complementary Events: Media Law, Ethics, New Media?



- Yes, but:
 - Lack of resources
 - Influence on work difficult to judge
 - Only for editors and managers
 - Useful but not urgent

KAF-MQ 4: Joint Events with Politicians and Parliamentarians?

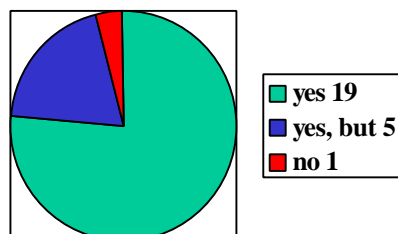


- Yes, but:
 - Include media owners and Govern. Communicators, academics, business and other professionals
 - Must have attractive focus
 - Politicians know about media freedom still pursue dirty business!

KAF-MQ 5: Existing Networks for English-speaking African Journalists?

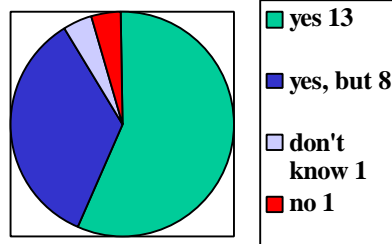
- EAMI
- MISA
- PANOS
- World Bank Economic Journalism
- Nordic-SADC-Journalism NSJ
- ZAMCOM
- African Virtual University AVU
- IAJ

KAF-MQ 6: Regional Approach: East and Southern Africa?



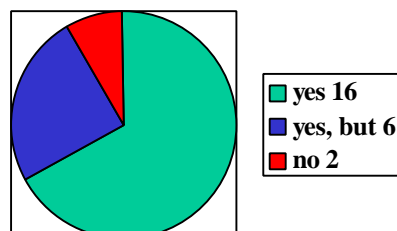
- Yes, but:
 - Avoid talk shops
 - Beware costs
 - Achieve local strength first
 - Go beyond media people
- No:
 - East African media people can hardly teach Southern Africans anything

KAF-MQ 7: Dedicated IT-Forum: Economic Reporting?



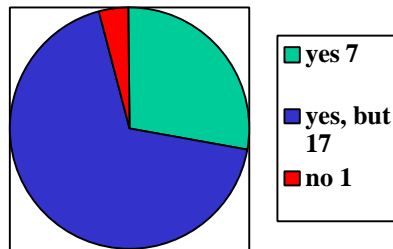
- **Yes, but:**
 - Needs a roving instructor
 - IT access still problematic
 - Add topics under 2.
 - Can be sidetracked
- **No:**
 - Infrastructure insufficient

KAF-MQ 8: South-South Media People Exchange?



- **Yes, but:**
 - Complementary to North-South
 - First InterAfrican
 - Language problems
 - Funded from the North?
 - As long-term perspective
- **No:**
 - Societies too different
 - Too early, local competence first

KAF-MQ 9: Independent Editor's Network?



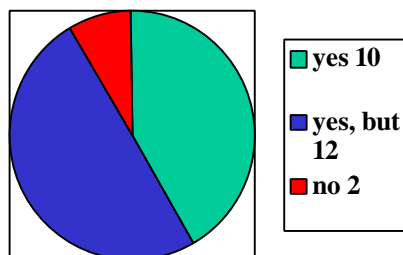
- Yes, but:
 - Include Government Media
 - Difficult group to pin down, always time constraints
 - Rivalry and primadonna behaviour
 - Needs clear objectives
 - Involve them in training
- No:
 - Too busy people, danger of talk shops

KAF-MQ 10: Alternatives to KAF proposals

- Strengthen local training capacities, support training at all levels, supply training equipment
- Int. exchange of senior journalists, int. media fora
- Int. advocacy and lobbying for democratic media, sensitisation of the masses for media role
- Basic training, bursaries
- Enhance analytical skills throughout
- Intensive local workshops plus material support
- Support of EAMI and MISA
- South-South Internet exchange
- Include agriculture as professional focus

Folie 11

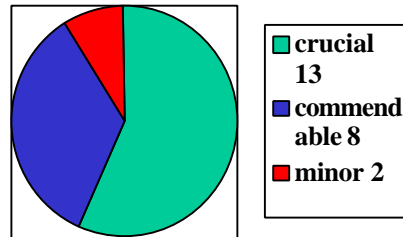
KAF-MQ 11: Political Freedom and Democratic Alternatives growing in Africa?



- Yes, but:
 - Gradually, with setbacks and not without struggle and strive
 - More public awareness and democratic and sustainable institutions needed
- No:
 - Failure of adequate education and expansion of democratic institutions

Folie 12

KAF-MQ 12: Contribution of Media to Democratisation in Africa?



Crucial:

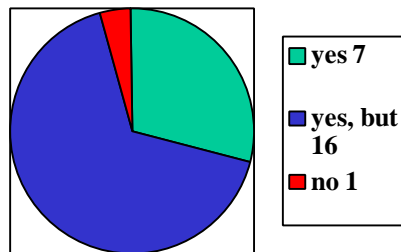
media at the forefront of democratisation

Minor:

Journalist often fail to link events or to comment knowledgeable

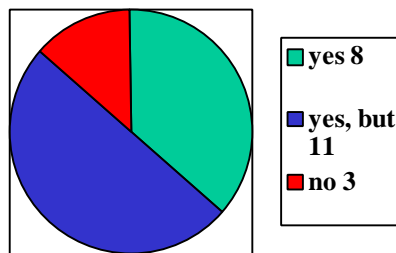
Folie 13

KAF-MQ 13: Media Professionalism advancing in Africa?



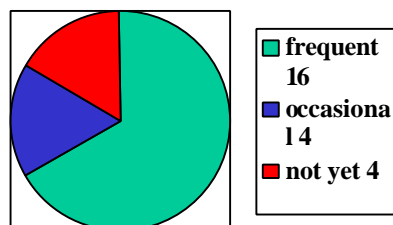
- Yes, but:
 - But slow and difficult, Internet will help
 - adverse social and political conditions
 - Needs training, prof. bodies and new strategies
 - Needs better education and remuneration
- No:
 - Unlikely without outside support

KAF-MQ 14: Media Freedom & Access to Information advancing in Africa?



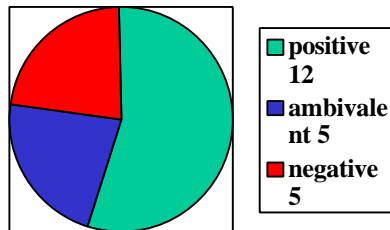
- **Yes:**
 - With economic and political advance
- **Yes, but:**
 - Sometimes defending limited gains
 - Not assured
 - Freedom yes, access not
 - Only for urban dwellers

KAF-MQ 15: Your Internet Use?



- **Yes:**
 - Most important working tool (E-mail)
 - Research and information
- **Yes, but:**
 - Poor connectivity
- **No:**
 - Not yet connected

KAF-MQ 16: 'African Renaissance'?



- **Positive:**
 - Africa getting together and meeting int. Standards without losing identity
- **Ambivalent:**
 - Exclusive and more words than deeds
- **Negative:**
 - Ideological rehash to cover aids and corruption, pipedream

KAF-MQ 17: Your Training Venture?

- Investigative reporting, business and feature writing
- Economic and science reporting
- International politics and human rights
- Gender and health issues
- transparency, new media and democratisation, media policy and law, media and politics
- Media management
- Sustainable community broadcasting
- Training of trainers
- Global economics and int. Capital flows
- Lobbying and negotiating skills
- Broadcast media and public interest
- Topics with material advantages, list of contacts, good food

Comments:

- Affiliate courageous black journalists as honorary members of int. media organisations
- Connect Africa to the Global Village
- Support media and training institutions in Africa
- Involve senior journalists in 'roving in house training schemes'
- Economic liberalisation and empowerment of the masses necessary to legitimise the media for the majority

Rundfunk und Fernsehen: Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung für die politische Bildungsarbeit in Afrika am Beispiel des Projektes Politische Bildung Westafrika (PBWA)

Thomas Lütke Entrup

I. Einführung

Das Projekt „Politische Bildung Westafrika“ setzt im Rahmen seiner politischen Bildungsarbeit, vor allem im Zielbereich der Erhöhung der politischen Grundbildung, Fernseh- und Radioprogramme ein, um das staatsbürgerliche und demokratische Bewusstsein der allgemeinen Bevölkerung zu fördern. Die Fernsehsendungen werden in Zusammenarbeit mit den staatlichen Rundfunkanstalten und der Nichtregierungsorganisation Centre Afrika Obota in den Ländern Benin, Burkina Faso, Mali und Niger erarbeitet. Die Radiosendungen zur politischen Bildung werden in Zusammenarbeit mit zwei Radiostationen im Norden Benins erarbeitet.

Fernsehsendungen:

Land	Titel der Fernsehsendung	Ausstrahlung	Sprache
Benin (seit 1994)	Entre Nous	zweiwöchentlich	französisch
Burkina Faso (seit 1996)	Tirs Croisés	monatlich	französisch
Mali (seit 1996)	Ca se discute	zweiwöchentlich	französisch, bambara
Niger (seit 2001)	Dialogue franc	monatlich	französisch

Radiosendungen:

Land	Radiostation	Ausstrahlung	Sprache
Benin	Radio Rurale Ouaké	zweiwöchentlich	Lokpa, Foodo
	Deeman Radio FM Parakou	zweiwöchentlich	Baatonom

Kosten Fernsehsendungen: 211.000 DM/jährlich

Kosten Radiosendungen: 15.000 DM/jährlich

Bestandteile der Fernsehsendungen (zeigen anhand einer Fernsehsendung):

- Sketch
- Reportage
- Studiodebatte

Bestandteile der Radiosendungen:

- Sketch
- Reportage
- Studiodebatte

Beispiele für ausgestrahlte Fernsehsendungen aus der Reihe "Entre Nous" im Jahre 2000/2001 (Benin):

- Die Erhöhung der Benzinpreise in Benin (13.4.2000)
- Die Politisierung der beninischen Verwaltung (6.7.2000)
- Die Beziehung zwischen Eltern und Kindern in Benin (23.11.2000)
- Das Wahlgesetz zu den Präsidentschaftswahlen (18.1.2001)

Beispiele für ausgestrahlte Fernsehsendungen aus der Reihe "Tirs Croisés" im Jahre 2000 (Burkina Faso):

- Frauen und Politik (17.2.2000)
- Kinderarbeit (14.12.2000)

Beispiele für ausgestrahlte Fernsehsendungen aus der Reihe "Ca se discute" im Jahre 2000 (Mali):

- Problem der Verwüstung (Juni 2000)
- Jugend und Politik (Juli 2000)
- Politik und Wirtschaft (September 2000)
- Arbeitsmarkt und behinderte Menschen (November 2000)

Beispiele für ausgestrahlte Fernsehsendungen aus der Reihe "Dialogue franc" im Jahre 2001 (Niger):

- Steuern und Steuermoral (16.1.2001)
- Bonne gouvernance und Entwicklung in Niger (10.1.2001)

Behandelte Beispielthemen der ausgestrahlten Radiosendungen in Benin:

- Polygamie (21.2.2000)
- Drogenkonsum (22.3.2000)
- Funktion und Rolle des Lokalradios (22.5.2000)
- Alphabetisierung (24.4.2000)
- Aids (19.6.2000)
- Einschulung

II. Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von Fernsehen und Rundfunk für politische Bildungsarbeit

1. Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit über Fernsehsendungen

a) Möglichkeiten:

- Mittel zur Ausstrahlung bildungspolitischer Sendungen der KAS und ihrer Partnerorganisationen zur Information und zur Bildung breiter Bevölkerungsschichten in den fernsehproduzierenden Ländern der Projektregion. Die Anzahl von Konsumenten bildungspolitischer Fernsehsendungen der KAS wächst zudem, da vor allem gebrauchte Fernseher zu einem relativ günstigen Preis erworben werden können.
- Möglichkeit der Ausstrahlung von bildungspolitischen Sendungen der KAS in Lokalsprachen (Fall Mali).
- Bildungspolitische Sendungen der KAS werden über die Gesamtfläche der jeweiligen Projektländer ausgestrahlt (großer Aktionsradius).
- Die Produktion der KAS-Sendungen erfordern den direkten Kontakt der Produzenten mit der Bevölkerung. Die Bevölkerung ist an der Produktion unmittelbar beteiligt (Sketch, Reportage). Die Sendungen sind damit sehr realitätsnah und

spiegeln die gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten der Projektländer wieder.

- Fernsehen bietet kreative Möglichkeiten zur Gestaltung von bildungspolitischen Sendungen: Einladung von interessanten Persönlichkeiten als Studiogäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Einladung von Zuschauern ins Fernsehstudio, Zuschaueranfragen während der Sendung über Telefon, Studiodebatte mit Studiogästen und Zuschauern etc.
- Bildungspolitische Sendungen der KAS sind interessant und lebendig, da sie aktuelle Themen aufgreifen.
- Möglichkeit der Nutzung der ausgestrahlten KAS-Fernsehsendungen durch Überspielung auf Videokassetten für andere bildungspolitische Maßnahmen der KAS, aber auch anderer Geber (GTZ, DED, EU) und lokaler NROs (SOS-Civisme).
- Ausleihmöglichkeiten bildungspolitischer KAS-Fernsehsendungen beim KAS-Regionalbüro.
- Bildungspolitische Sendungen über das Fernsehen fördern die freie Meinungsäußerung und das demokratische Bewusstsein, sowie die demokratische Debatte.
- KAS-Fernsehsendungen zu bildungspolitischen Themen sind ein sehr gutes Mittel zur Erweiterung des Bekanntheitsgrades der KAS in den Projektländern.
- Wegen des sehr stark begrenzten Unterhaltungsprogramms der öffentlichen Fernsehsender, sind KAS-Fernsehsendungen überaus beliebt.

b) Grenzen:

- Limitierter Zugang der Bevölkerung zu den KAS finanzierten Fernsehsendungen vor allem in den ländlichen Regionen (Tabelle)
- Die Sendungen werden in der Regel auf französisch ausgestrahlt und nicht in Lokalsprachen
- Die Produktion von Fernsehsendungen ist kostspielig
- Noch wenig ausgebildetes und geschultes Personal für bildungspolitische Sendungen.
- Politische Rahmenbedingungen (Zensur)

2. Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit über Radiosendungen

a) Möglichkeiten

- Mittel zur Information der Bevölkerung zu bildungspolitischen Themen. Viele Bürger verfügen über ein Radio (Tabelle)
- Bessere und kostengünstigere Möglichkeiten der Information breiter Bevölkerungsschichten zu bildungspolitischen Themen in verschiedenen Lokalsprachen, insbesondere durch lokale Radiostationen
- Bildungspolitische Sendungen sind realitätsnah, da zu ihrer Erstellung der direkte Kontakt zur Bevölkerung gesucht wird: Zum Beispiel Umfragen, Aufsuchen von Konfliktpunkten.
- Radio bietet kreative Möglichkeiten zur Gestaltung von bildungspolitischen Sendungen: Einladung von Zuschauern ins Studio, Zuschaueranfragen während der Sendung über Telefon, Studiodebatte mit Studiogästen und Zuschauern, Einladung von interessanten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.
- KAS-Veranstaltungen können über Radiostationen kostengünstig bekannt gemacht oder darüber berichtet werden.
- Radiostationen, insbesondere lokale Radiostationen in ländlichen Gebieten, stehen den Problemen der Bevölkerung näher.
- Die an den Radiosendungen beteiligten Personen werden aus der Mitte der lokalen Bevölkerung ausgewählt. Sie sind mit den Problemen vor Ort besser vertraut.
- Sendungen können grenzüberschreitend sein (Togo).
- Bildungspolitische Sendungen über Radio fördern die freie Meinungsäußerung und das demokratische Bewusstsein, sowie die demokratische Debatte.

b) Grenzen

- Nicht alle Bürger verfügen über ein Radio (Tabelle)
- Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel können bildungspolitische Sendungen nicht in allen Lokalsprachen ausgestrahlt werden.
- Die lokalen Radiosender verfügen nur über einen begrenzten Ausstrahlungsradius
- Ausgebildetes Personal

III. Welche bildungspolitischen Aktivitäten unternimmt PBWA, damit trotz der Begrenztheit des Zugangs der Bevölkerung der Projektländer zu bildungspolitischen Sendungen über Radio und Fernsehen, diese dennoch demokratiepolitisch gefördert wird.

Maßnahmen:

1. Einsatz von Bildstreifzeitungen zu Bildungsveranstaltungen in Schulen in Benin und anderen Projektländern (Material zeigen)

Im Schulunterricht werden Bildstreifzeitungen genutzt, um Schüler in plastischer und amüsanter Weise an staatsbürgerliche Themen heranzuführen. Zur Realisierung werden die bereits zahlreichen dafür geeigneten Fernsehsendungen zur politischen Bildung Entre Nous genutzt. Dadurch wird der Ausnutzungsgrad der von der KAS geförderten Fernsehsendung erhöht und die Inhalte finden Eingang in die Schulen.

Partner: SOS-Civisme

2. Wochen der Staatsbürgerkunde (Benin, Burkina Faso, Niger, Mali, Elfenbeinküste (Plakat zeigen))

Große Teile der Bevölkerung auf dem Land aber auch in den Städten der Projektregion verfügen über keinen ausreichenden Zugang zu Informationen zu Grundfragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb fördert PBWA neben Fernsehen und Lokalradio sogenannte Wochen zur Staatsbürgerkunde in Dörfern und städtischen Vierteln. An jeweils sechs Abenden einer Woche werden öffentliche Konferenzen unter Einsatz von KAS-Bildungsmaterial (Fernsehsendungen) durchgeführt.

Partner: SOS-Civisme

3. Politische Bildung per Videomobil (Mali)

Große Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung in Mali haben kaum oder gar keinen Zugang zu bildungspolitischen und staatsbürgerlichen Themen und verfügen deshalb nur über mangelhafte Kenntnisse hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft. Mittels des Einsatzes eines Videomobils wird

die Bevölkerung anhand geeigneter bildungspolitischer Videosendungen u.a. aus der Fernsehsendung *Ca se discute* und anschließenden Diskussionen in ihrem demokratischen Bewusstsein gestärkt.

Partner: CAO-Mali

4. Theater und politische Bildung

Die ländliche Bevölkerung hat kaum Zugang zu Sendungen zur politischen Bildung, die über das Fernsehen ausgestrahlt werden. Um auch die ländliche Bevölkerung vermehrt in den Demokratisierungsprozess in Burkina Faso einzubinden, werden in den Dörfern Theateraufführungen zu bildungspolitischen Themen durchgeführt. Themen der Theateraufführungen sind die von der KAS, CAO und dem burkinischen Fernsehen in Gemeinschaftsproduktion erstellten und ausgestrahlten Fernsehsendungen zur politischen Bildung aus der Fernsehreihe *Tirs Croisés*.

IV. Evaluierungen der Fernsehsendungen

Die Fernsehsendung *Entre Nous* wurde 1995 anhand einer Umfrage von 320 Personen aus dem städtischen und ländlichen Milieu evaluiert. Alle Befragten gaben an, dass sie die Sendung sehr begrüßen und in ihr einen wichtigen Beitrag zur Erziehung und Entwicklung sehen. Die Befragung ergab ebenfalls, dass Kopien von *Entre Nous* auch in Video-Clubs gezeigt werden. Berichtet wurde auch von Privatleuten, die gegen Bezahlung von 25-30 FCFA pro Person Eintritt in ihr Wohnzimmer zur Verfolgung der Sendung gewähren.

Die Fernsehsendungen zur Staatsbürgerkunde in Mali (*Ca se discute*) und in Burkina Faso wurden im Jahre 1999 erstmalig evaluiert.

In Mali wurden dazu 1145 Personen in den drei malischen Städten Bamako, Sikasso und Mopti befragt. Die Umfrage ergab u.a. folgende Ergebnisse:

22% der Befragten sehen die Sendung nur selten

74% der Befragten gaben an, dass die Sendung im allgemeinen realitätsnah ist und dem Informationsbedürfnis der Zuschauer entspricht.

79% der Befragten befürworteten die Fortsetzung der Sendung

In Burkina Faso wurden 1018 Personen in den Städten Ouagadougou, Bobo Dioulassou und Kaya befragt. Die Umfrage ergab u.a. folgende Ergebnisse:

93% der Befragten kannten die Sendung

89% der Befragten fanden die ausgewählten Themen wichtig oder ziemlich wichtig

92% der Befragten befürworteten die Fortsetzung der Sendung.

Möglichkeiten und Grenzen der Politischen Bildungsarbeit durch Rundfunk und Fernsehen

Anke Lerch

Vor einigen Jahren hat die KAS in Westafrika begonnen, Massenmedien wie Rundfunk und Fernsehen für die politische Bildung zu nutzen. Vorreiter war das Programm PBWA in Benin mit der regelmäßigen Fernsehsendung "Entre nous", die in unterhalt-samer Weise gesellschaftspolitische Themen behandelt. Andere Formen wie Fernsehspots, Radiosendungen und Videoaufführungen sind dann nicht nur in Benin sondern auch in anderen Ländern hinzugekommen.

Dabei hat sich gezeigt, dass Radio und Fernsehen als Mittel der politischen Bildungsarbeit für politische Stiftungen geradezu ideal sind und für die Arbeit der KAS noch stärker genutzt werden könnten.

Im Bereich der Bildungsarbeit besteht unser Problem darin, mit verhältnismäßig wenig Mitteln so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Wir richten uns deshalb mit unseren Maßnahmen klassischerweise an Multiplikatoren, also an Lehrer, Journalisten und Führungskräfte aus gesellschaftlichen Organisationen und Parteien, in der Hoffnung, so die Botschaft in einer Art Schneeballsystem weiter zu tragen.

Aber trotzdem müssen wir uns fragen, wie viele Menschen wir eigentlich mit Publikationen und Seminaren erreichen und ob dies genügt, um gesellschaftspolitische Prozesse und die Demokratieentwicklung beeinflussen zu können.

Über unsere Partnerorganisationen erreichen wir meistens nur ein Segment der Bevölkerung. Bei der Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen sind es die wenigen ohnehin schon aktiven Frauen. Bei der Zusammenarbeit mit parteinahen Bildungseinrichtungen nur diejenigen, die sich bereits für gesellschaftspolitische Vorgänge interessieren. Bei der Zusammenarbeit mit Universitäten ist es die verhältnismäßig kleine Gruppe der akademisch ausgebildeten.

Unsere Partner können häufig auch nur regional agieren, da sie nicht über die manpower und die Infrastruktur verfügen, um überall aktiv zu sein.

Hinzu kommt, dass die klassische Art der Maßnahmen, wie wir sie mit unseren Partnerorganisationen durchführen, immer schon ein gewisses Maß an Aktivität und Interesse der Zielgruppen voraussetzen. Die Bereitschaft, sich zu informieren muß schon da sein. Man muss sich aufraffen, zu einem bestimmtem Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu sein. Die Veranstaltung muss schon sehr spannend sein, oder einen wie auch immer gearteten Vorteil versprechen, um denjenigen, den wir erreichen wollen, zu motivieren, seinen gewohnten Tagesablauf zu ändern, Transportprobleme auf sich zu nehmen, evtl. sogar einen Tag Urlaub zu nehmen und möglicherweise Einkommensverluste hinzunehmen.

Dies ist alles zumutbar, wenn es sich um Veranstaltungen für Führungskräfte handelt, die ja ein gewisses Interesse daran haben, von unseren Veranstaltungen für ihre eigene Arbeit - oder auch politische Karriere - zu profitieren.

Die Wichtigkeit dieser Veranstaltungen soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden. Es sind wichtige Zielgruppen, die wir mit diesen Programmen ansprechen. Schließlich sind dies die Gruppen, die das politische Geschehen und die Meinungsbildung beeinflussen. Und in vielen Fällen wollen wir ja auch nur eine kleine Gruppe ansprechen, wenn es etwa um Regierungsberatung oder Fortbildung für Parlamentarier geht.

Wenn wir aber breitenwirksam sein wollen, sind die Massenmedien das bessere Mittel. Wir können nicht darauf warten, daß die Menschen zu uns und unseren Veranstaltungen kommen, sondern wir müssen sie da erreichen, wo sie sind.

Breitenwirksam wollen wir vor allem im Bereich der Staatsbürgerkunde sein. Wir wollen möglichst alle Menschen motivieren, sich für den Staat und die Gesellschaft, für das Zusammenleben in der Gemeinschaft zu interessieren. Wir wollen sie über ihre Rechte aufklären und zu "mündigen Staatsbürgern" machen, die in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden. Wir wollen sie motivieren, sich zu informieren, sich

an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen und eine Wahlentscheidung auf Grund eigener Meinung zu treffen, und nicht danach, was ein religiöser Führer, ein Familienoberhaupt oder ein Dorfältester bestimmt, oder danach, welche Partei am meisten für die Wahlkarte zahlt.

Um die Menschen zu erreichen, die sich bisher nur wenig für ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten interessiert haben, sind Radio und Fernsehen ideal. Und wir können uns dieses Mittel nutzbar machen im Sinne des alten Schlagwortes vom Fernsehen als "Schule der Nation".

Fernsehen und vor allem Radio sind in vielen Ländern Afrikas weit verbreitet. Die statistische Übersicht (Folie) scheint dem zu widersprechen, wenn man die Zahlen über die Anzahl von TV- und Radiogeräten mit Deutschland vergleicht, aber Radio und Fernsehen haben in den meisten Ländern Afrikas einen anderen Stellenwert.

Erstens sitzen in Afrika wahrscheinlich mehr Personen vor dem Gerät, wo eines vorhanden ist, als in Europa. Haushalte mit mehr als einem Fernseher dürften hier sehr selten sein. Wenn also auf 28 Einwohner ein Fernseher kommt, wie in Senegal, kann man nicht daraus schließen, dass nur jeder 28. ab und zu fernsieht. Vor dem Gerät sitzt nicht nur eine dreiköpfige Familie sondern vor allem auf dem Land ist der eine Fernseher in einem Dorf eher mit einem Kino zu vergleichen. Er steht wahrscheinlich in der Dorfkneipe (meistens in einem vergitterten Käfig, um ihn vor Diebstahl zu schützen) und gegen einen geringen Eintritt kann man dort abends fernsehen.

Zweitens ist das sonstige Unterhaltungsangebot sowohl auf dem Land, wie auch in den Städten gering oder zu teuer. Fernsehen hat also ein höheren Stellenwert in der Unterhaltung. Es hat auch noch eine gewisse Faszination, vielleicht wie in Deutschland in den fünfziger Jahren. Landesweit ist in Senegal nur ein Fernsehprogramm, das staatliche, zu empfangen, so daß es auch noch keine Abstumpfung gegenüber einem Überangebot gibt.

Eine genauso große und in manchen Ländern noch größere Rolle spielt das Radio. Man kann wohl guten Gewissens behaupten, dass es in jeder afrikanischen Familie mindestens ein Radio gibt. Wer sich keinen Fernseher leisten kann, oder bei wem es

kein Fernsehprogramm zu empfangen gibt, für den ist das Radio das wichtigste Unterhaltungsmedium. Radio ist nicht nur Hintergrundgeräusch wie häufig bei uns, sondern es werden gezielt bestimmte Sendungen gehört. Wenn man hier durch die Wohnviertel geht, sieht man die Wächter vor den Häusern mit ihren Transistorradios sitzen. Da Batterien teuer sind, dudelt es nicht den ganzen Tag, sondern wird nur zu bestimmten Zeiten eingeschaltet. Sonntags nachmittags z.B. kommen die Wächter in meiner Nachbarschaft vor meinem Haus zusammen und hören gemeinsam eine Unterhaltungssendung.

Diese Aufmerksamkeit, die Radio und Fernsehen genießen, können wir für unsere politische Bildungsarbeit nutzen. Vor allem dann, wenn diese politische Bildung auch noch einen Unterhaltungseffekt hat.

Viele werden sich sicher noch an die Schulfunkprogramme erinnern, die es früher im öffentlich-rechtlichen Radio in Deutschland gab. Heute sind die weitgehend dem Format-Radio zum Opfer gefallen oder in sog. Wort-Programmen wie WDR 5 versteckt worden. Es gab da – neben vielem betulichen Aufsatzvorlesen - wirklich gut gemachte kleine Hörspiele und Reportagen, in denen auf Alltagssituationen Bezug genommen und Hintergründe erläutert wurden. Ich erinnere mich konkret an eine Serie mit dem Titel "Du bist mitverantwortlich", die an den Gemeinsinn appellierte.

Wer in den sechziger und siebziger Jahren in Norddeutschland gelebt hat, denkt vielleicht noch wehmütig an die Hörspielserie "Neues aus Waldhagen" im NDR-Schulfunk, in der anhand von Vorkommnissen in dem fiktiven schleswig-holsteinischen Dorf Waldhagen staatsbürgerkundliche Themen und Fragen des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft behandelt wurden. Die Rollen wurden in norddeutschem Dialekt von bekannten Schauspielern wie Heinz Reincke und Edda Seippel gesprochen und wurden auch von Erwachsenen gerne gehört.

Im deutschen Fernsehen gab es außerdem in den sechziger Jahren eine Serie mit dem Titel "Unser Grundgesetz". Auch hier wurden anhand von kleinen Geschichten die Grundrechte erläutert. Gleichheitsgrundsatz, Briefgeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung etc. wurden so auf unterhaltsame Weise erläutert.

Solche Programme sind meiner Meinung nach auch ideal für viele Länder Afrikas. Die entsprechenden Fernsehsendungen der KAS, die im Programm PBWA produziert werden, sind sehr erfolgreich. Auch wo es kein landesweites Fernsehprogramm gibt, oder die Ausstrahlung solcher Programme auf politische oder finanzielle Schwierigkeiten stößt, kann man solche Programme als Videos produzieren, die dann in den Regionen oder in Schulen vorgeführt werden können, wie es ja auch in Benin geschieht.

Den Möglichkeiten, Radio und Fernsehen im Rahmen der KAS-Arbeit in größerem Maße als Mittel der politischen Bildungsarbeit zu nutzen, sind natürlich auch Grenzen gesetzt.

Das sind in erster Linie finanzielle und technische Schwierigkeiten. Die Produktion von gut gemachten Fernsehsendungen ist nicht billig. Gute Autoren und Schauspieler, Studiomierte, Kameraleute, Cutter, Material etc. sind teuer. Die Kosten können schnell das bescheidene Jahresbudget für Eigenmaßnahmen sprengen.

Hinzu kommt, daß zumindest in Senegal der Fernsehsender RTS horrenden Summen für die Ausstrahlung verlangt. Seit dem der staatliche Sender verpflichtet worden ist, kostendeckend zu arbeiten, behandelt man dort fremdproduzierte Sendungen wie Werbesendungen und verlangt den entsprechenden Minutenpreis.

Billiger oder womöglich kostenlos strahlen sie nur aus, wenn sie den Beitrag selbst produziert – und natürlich die Produktionskosten in Rechnung gestellt haben. Die Überlegung, dass man einen solchen fertigen Beitrag auch zur Bereicherung des Programms ausstrahlen und Werbezeit im Umfeld einer interessanten Sendung verkaufen könnte, hat sich bisher nicht durchgesetzt. Dabei spielen Denkstrukturen eines staatlichen Monopolsenders sicherlich noch eine Rolle.

Nun könnte man sich damit abfinden, die Sendungen eben von RTS produzieren zu lassen. So wurde es mit den Fernsehspots zur Einschreibung in die Wählerlisten in Senegal auch gemacht. Aber die mangelnden fachlichen Kenntnisse und technischen Mittel, die beim staatlichen Fernsehsender RTS vorhanden sind, lassen die

Beiträge doch teilweise eher amateurhaft erscheinen. Auf dem freien Markt gibt es Studios, die wesentlich Besseres produzieren können.

Trotzdem waren diese Fernsehspots, die in einer Radiofassung auch im staatlichen Radio liefen, wichtig. Es ging um Werbung für die Einschreibung in die Wählerlisten. Hätten wir diese Kampagne nicht mit dem Innenministerium gestartet, wäre die Einschreibefrist abgelaufen, ohne dass jemand davon Notiz genommen hätte. Außer unseren Aktionen, die sich nicht nur auf die Fernsehspots beschränkten, gab es nichts.

Dieser hier gezeigte TV-Spot ist einer aus einer ganzen Reihe mit bekannten senegalesischen Künstlern. Es wird jeweils kurz ein Ausschnitt aus dem Musikvideo des aktuellen Hits der Gruppe gezeigt und anschließend rufen die Künstler in den verschiedenen Landessprachen und einer der jugendlichen Zielgruppe angepassten Diktion dazu auf, sich in die Wählerlisten einzuschreiben.

Es gab daneben auch Spots, die den Abstimmungsvorgang beim bevorstehenden Referendum erläuterten und einen weiteren, der die Wähler daran erinnerte, die Wahlkarte gut aufzuheben, da im Jahr 2001 noch weitere Wahlen anstehen.

Die Spots liefen mehrmals täglich vor allem vor und nach den Nachrichtensendungen.

Es gab dann im Rahmen der Kampagne zur Einschreibung in die Wählerliste noch weitere TV-Sendungen. So haben wir als KAS eine sehr populäre Jugendsendung mitfinanziert, die unter das Thema Wahleinschreibung gestellt wurde. Zielgruppe der Kampagne waren in erster Linie Jung- und Erstwähler, da eine Analyse der Präsidentschaftswahlen vom vorigen Jahr ergeben hatte, daß die Jungwähler bei der Wahlbeteiligung unterrepräsentiert waren.

Bei allen diesen Sendungen wird aber für den kritischen Zuschauer auch deutlich, was Herr Dr. Freier und Herr Priess schon in ihrer Studie über die Situation der Medien in Ost- und Südafrika festgestellt haben und sich uneingeschränkt auch auf die

Verhältnisse in Westafrika übertragen lässt: Die technische Ausstattung der Radio- und Fernsehsender ist erbärmlich, den Journalisten und Technikern mangelt es an fachlichem Können.

Eine Alternative können die privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter sein. In Afrika vor allem auch die Lokalradios, von denen es zumindest in Senegal und Mali etliche gibt. Einige Radiosendungen können wir kostengünstig mit dem Lokal-Sender Thies FM produzieren und ausstrahlen.

(Vorführung: Ausschnitt Radiosendung "Convergences")

In dieser Sendung, die vor den Präsidentschaftswahlen vor einem Jahr ausgestrahlt wurde, geht es um die Wahlbeobachtungskommission und deren Aufgaben. Es handelt sich um eine Sendung aus einer ganzen Reihe von Sendungen, die sich mit Themen befassten, die mit den Wahlen zusammenhängen.

Im Moment ist gerade eine neue Serie angelaufen, die jeden Samstagnachmittag ausgestrahlt wird. Erstes Thema war: "Politik und Ethik – Ethik der Politik"

Aber auch hier stoßen wir an technische und finanzielle Grenzen. Eine Sendung über die Wahlbeobachtungskommission kann man sicher auch ansprechender gestalten.

Auf eine einfachere Art und Weise wurde die größere Breitenwirkung des Radios in Mali genutzt. Häufig werden dort KAS-Veranstaltungen direkt im privaten Radiosender Kledu übertragen. So z.B. die Preisverleihung bei unserem Journalistenwettbewerb, oder die Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen aus der Serie Causerie-Debats, die wir mit dem Centre Djoliba durchführen.

Bei allen Radio- oder Fernsehsendungen bleibt das Problem der Messbarkeit ihrer Wirkung ungelöst. Dieses Thema wurde bereits beim AM-Workshop in Kapstadt im vorigen Jahr angesprochen. Es gibt hier so gut wie keine Untersuchungen darüber, wer wann welche Sendung gesehen oder gehört hat. Von den Wirkungen einer Sendung ganz zu schweigen. Man ist da auf Vermutungen angewiesen.

Die Zahl der Einschreibungen in die Wählerlisten ist nach Beginn unserer Kampagne sprunghaft gestiegen. Dies konnte im Innenministerium verfolgt werden, wo die neuen Einschreibungen wöchentlich zusammenliefen. Dieser Anstieg ist sicher auf die Fernseh- und Radiospots zurückzuführen. Aber dies war ja auch ein konkretes Ereignis, bei dem man die Wirkung an der Zahl der eingeschriebenen Wähler messen kann. Geht es um mehr allgemeinbildende staatsbürgerkundliche Inhalte, wird man keine solchen konkreten Auswirkungen messen können.

Aber andererseits: Wie kann man schon messen, ob z.B. unsere Publikationen wirklich gelesen und verstanden werden und ob sie womöglich das Handeln des einzelnen beeinflusst haben? Im Bereich der politischen Bildung bleibt eben vieles nicht messbar, oder Wirkungen treten vielleicht erst langfristig ein.

Mit diesem Problem müssen wir leben und ich denke, das sollte uns nicht davon abhalten, auch die Rundfunk- und Fernsehmedien für unsere Arbeit zu nutzen.

Rundfunk- und Fernsehgeräte in Afrika-Subsahara

Land	Einwohner	Zahl Radios	Relation Einw./Radio	Zahl TV-Geräte	Relation Einw./TV
Südafrika	43,4 Mio	13,75 Mio	3,2	5,2 Mio	8,4
Ghana	19,5 Mio	4,4 Mio	4,4	1,73 Mio	11,3
Senegal	9,9 Mio	1,24 Mio	7,9	361.000	27,4
Namibia	1,8 Mio	232.000	7,6	60.000	30
Zimbabwe	11,3 Mio	1,14 Mio	9,9	370.000	30,5
Kenia	30,3 Mio	3,07 Mio	9,8	730.000	41,5
Uganda	23,3 Mio	2,6 Mio	8,9	315.000	73,9
Niger	10,07 Mio	680.000	14,8	125.000	80,6
Benin	6,4 Mio	620.000	10,3	60.000	106,6
Burkina Faso	11,9 Mio	370.000	32,1	100.000	119
Mozambique	19,1 Mio	730.000	26,2	90.000	212,2
Mali	10,7 Mio	570.000	18,8	45.000	237,7
Tanzania	35,3 Mio	8,8 Mio	4,0	103.000	342,7
zum Vergleich: Deutschland	82,7 Mio	77,8 Mio	1,06	51,4 Mio	1,6

Zahlenangaben nach CIA Factbook 2000

Anhang 1

Auswertung der Fragebögen zur Mitarbeiterkonferenz 2001 in Dakar

(Rücklauf: 6 von 8)

Verfahren: Die Auslandsmitarbeiter konnten auf einer Skala von 5 (beste Note) bis 0 (schlechteste Note) ihre Zustimmung ankreuzen. Aus den Ergebnissen wurde die durchschnittliche Zustimmung errechnet. Kommentare konnten angefügt werden.

Aussage	Zustimmung
Die in MAK behandelten Themen (Referate, Arbeitsgruppen) waren für meine Arbeit relevant	4,5
Informationen über den aktuellen Stand der entwicklungspolitischen Debatte wurden vermittelt	3,5
Ideen und Ansatzpunkte zum Einsatz von Medien in meiner Arbeit in Afrika wurden vermittelt	4,5
Ich konnte die MAK zum Informationsaustausch mit Vertretern der Zentrale nutzen und wichtige Fragen zu meiner Arbeit besprechen	4,6
Ich wurde über Aktuelles (Trends, Strategien, Ziele, Probleme) aus der Stiftung informiert und fühle mich so stärker in die KAS eingebunden	4
Mit der Organisation der MAK war ich zufrieden	4,8

Kommentare:

- Fortsetzung der Schwerpunktorientierung bei der nächsten Mitarbeiterkonferenz (eine Nennung)
- Fortsetzung des Blicks in andere KAS-Kontinente, wobei Priess natürlich ein Glücksfall war (eine Nennung)
- Programm zu eng, man sollte auch etwas „Freizeit“ einplanen für Exkursionen (eine Nennung)
- Mehr Zeit für Gespräche AM-Zentrale einplanen (zwei Nennungen)
- Bundestagsfraktion einbeziehen (eine Nennung)

Anhang 2

Teilnehmer an der Mitarbeiterkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dakar/Senegal vom 24. - 28. Februar 2001

- | | |
|------------------------|------------------------------|
| 1. Dr. Dr. Anton Bösl | KAS Harare / Simbabwe |
| 2. Thomas S. Knirsch | KAS Kampala / Uganda |
| 3. Dr. Michael Lange | KAS Johannesburg / Südafrika |
| 4. Frau Anke Lerch | KAS Dakar / Senegal |
| 5. Thomas Lütke Entrup | KAS Cotonou / Benin |
| 6. Dr. Volker Mönikes | KAS Harare / Simbabwe |
| 7. Dr. Ingo Scholz | KAS Nairobi / Kenia |
| 8. Martin Wilde | KAS Accra / Ghana |
| 9. Hardy Ostry | KAS Cotonou / Benin |

Konrad-Adenauer-Stiftung (Zentrale):

1. Prof. Dr. Günter Rinsche, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
2. Winfried Jung, Leiter der Hauptteilung Internationale Zusammenarbeit II
3. Michael Plesch, Leiter des Regionalteams Afrika und Naher Osten
4. Dr. Holger Dix, Regionalteam Afrika und Naher Osten
5. Dr. Wolfgang Maier, Leiter Hauptabteilung Personal und Allgemeine Verwaltung

Referenten:

1. MinDirig'in Dr. Ursula Schäfer-Preuss, Abteilungsleiterin, BMZ
2. Prof. Dr. Jürgen Zimmerling, MdEP
3. Axel Wallrabenstein, PR-Berater
4. Frank Priess, KAS-Auslandsmitarbeiter Argentinien
5. Dr. Rolf Freier, Consultant, Marburg

Anhang 3:

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1:

Einfluss der Medien auf die Entwicklung von Reformprozessen

Was machen wir derzeit?

- ❑ Fernsehen, pol. Grundbildung (frankophon)
 - ❑ Aus- und Fortbildung (anglophon)
 - ❑ Radio, pol. Grundbildung
 - ❑ Netzwerke, Austausch
 - ❑ Medienrecht / Selbstkontrolle
 - ❑ Eigene PR
-

Fazit:

- 1) Unsere Aktivitäten sind bisher wenig systematisiert, aber situationsangemessen.
 - ❑ Stärker focusieren, mehr Synergien erzielen, Partner stärker involvieren
 - 2) Sind die Themen KAS-spezifisch ?
 - 3) Viele Aktivitäten sind entweder situationsangemessen und KAS-unspezifisch oder liegen irgendwo dazwischen.
-

- Unsere Arbeit ist prozessorientiert. – Demokratiepö. Entwicklungsprozesse verläuft in Phasen
 - 1.Phase: Grundrechte / Freiräume erkämpfen
 - KAF unspezifisch

2.Phase: Konsolidierungsphase

- KAF spezifischer (Soziale Marktwirtschaft, Dezentralisierung/Föderalismus, Parteien, etc.)

 - Beobachtung der Prozesse mehr systematisch gestalten.
-

Ziele unserer Medienarbeit

- Pol. Grundbildung
 - Pol. Partizipation
 - Wählermobilisierung

- Pressefreiheit / Pluralismus fördern

- Qualität verbessern
 - Fachlich
 - Ethisch

- Begleitung best. Reformen (Länderspezifisch)

- Eigene PR

Anhang 4

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2: Medienprogramm Afrika

